

Auswärtiger Ausschuss
UA Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (3)
Wortprotokoll
5. Sitzung

Berlin, den 26.06.2006, 14:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: PLH 2.800

Vorsitz: Dr. Peter Gauweiler, MdB

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt der Tagesordnungspunkt

Die Zukunft des Goethe-Instituts als Instrument der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Eingeladene Sachverständige:

- Dr. Heinrich Wefing, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Mittelstraße 2 – 4, 10117 Berlin, h.wefing@faz.de
- Dr. Fred Breinersdorfer, Leipziger Str. 48/1804, 10117 Berlin, fred@breinersdorfer.com
- Dr. Thomas Steinfeld, c/o Süddeutsche Zeitung, Sendlinger Straße 8, 80331 München, thomas.steinfeld@sueddeutsche.de
- Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz, Lehrstuhl für Internationale Politik, Raum D 233, 78457 Konstanz, gerald.schneider@uni-konstanz.de
- Fritjof von Nordenskjöld, Mommsenstr. 34, 10629 Berlin, nordenskjold@dgap.org
- Heinz Dürr, Charlottenstr. 57, 10117 Berlin, hd@durr.de

- Prof. Dr. Reiner Pommerin, Technische Universität Dresden, 01062 Dresden, pommerin@rcs.urz.tu-dresden.de
- Prof. Dr. Hans Ottomeyer, Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin, ottomeyer@dhm.de

Der Vorsitzende: Sehr verehrte Damen und Herren, ich eröffne die 5. Sitzung des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und heiße Sie herzlich willkommen. Besonders begrüße ich heute eine Reihe von Gästen. Der Ausschuss hat eingeladen zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Die Zukunft des Goethe-Instituts als Instrument der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“. Wir heißen Sie hier, meine sehr verehrten Herren Sachverständige, herzlich willkommen und danken Ihnen, dass Sie die Reise hierher zum Deutschen Bundestag angetreten haben. Der Beginn der Sitzung hat sich etwas verzögert, weil es noch ein Vorgespräch zwischen den Obleuten und den Sachverständigen gegeben hat. Ich heiße herzlich willkommen alle unsere Gäste, an der Spitze Sie, sehr verehrte Frau Präsidentin des Goethe-Instituts. Und vielen Dank dafür, dass Sie sich mit Ihren Damen und Herren Mitarbeitern hier Zeit genommen haben, bei diesem logischerweise für Sie auch so zentralen Beratungsgegenstand teilzunehmen. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Ministerialdirektor Grolig als Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes und ich begrüße, ich glaube zum ersten Mal unter uns, gleich in welcher Formation wir uns hier im Bundestag versammeln, Frau Scharf Chevalley, eine Vertreterin der Vereinigung der Kulturattachés der Botschaften, welche hier bei uns in Berlin akkreditiert sind. Herzlich Willkommen! Besonders freue ich mich auch, dass der Vorsitzende des Kulturausschusses, Herr Kollege Otto, heute zu uns gekommen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die Anhörung so gestalten, dass wir zunächst die Sachverständigen bitten, in alphabetischer Reihenfolge ca. zehn Minuten zum Beratungsgegenstand „Die Zukunft des Goethe-Instituts als Instrument der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“ zu uns zu sprechen und nach einer kurzen Pause mit der Fragerunde für die Mitglieder des Ausschusses beginnen. Wir hatten uns eigentlich vorgenommen, bis 19:00 Uhr zu tagen, da die SPD-Fraktion jetzt um 18:00 Uhr eine Sondersitzung anberaumt hat, so dass unsere Kollegen dann ab dem Moment verhindert sind. Die FDP wollte mit dem Zwischenruf sagen, dass sie um 18:00 Uhr keine Sondersitzung nötig hat, was natürlich auch wichtig ist.

Erlauben Sie mir, Frau Jochimsen,

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen: Nur ganz kurz. Also ich bedauere sehr, lieber Herr Vorsitzender, dass parallel zu dieser sehr wichtigen Anhörung ja die Enquete-Kommission tagt, also das Plenum. Ich müsste in einer Stunde ungefähr in die Enquete-Kommission. Sobald diese zu Ende ist, kann ich aber wieder zurückkommen. Und ich bedauere insofern, dass dann aus meiner Fraktion hier leider niemand anwesend sein kann in der Zwischenzeit.

Der Vorsitzende: Unser Montagssitzungsproblem, welches wir leider nicht anders lösen können. Es gibt von dieser Sitzung heute hier ein Wortprotokoll, welches dann allen Beteiligten zur Verfügung stehen wird. Auf Grund des zeitlichen Engpasses verzichte ich jetzt auf meine Einleitungsanmerkungen. Damit haben Sie etwas ganz Bedeutendes versäumt, aber ich werde es Ihnen zu einem anderen Zeitpunkt vortragen. Der erste Sachverständige ist nach dem Alphabet Herr Dr. Fred Breinersdorfer.

Dr. Fred Breinersdorfer: Die Zeit läuft, mein Name ist Fred Breinersdorfer. Ich bin Anwalt und Autor, hauptsächlich für Drehbücher, war acht Jahre lang Vorsitzender des Schriftstellerverbandes und verfüge nicht, wie die werten Kollegen zumeist, über eine lang dauernde Erfahrung mit den Goethe-Instituten, sondern praktisch über eine kurzfristige Querschnittserfahrung. Ich hatte das Vergnügen, mit meinem letzten Film „Sophie Scholl – die letzten Tage“ rund um die Welt eingeladen zu sein und habe auf diese Weise an den verschiedensten Standorten, in den unterschiedlichsten Zusammenhängen mit den Goethe-Instituten zu tun gehabt.

Lassen Sie mich eines vorausstellen: das ist eine persönliche Erfahrung, die sich nicht nur auf diese Weise mit dem Film reduziert, die lautet: Deutschland als Nation wird weltweit ungeteilt positiv nur in einem Aspekt wahrgenommen - und das ist als Kulturnation. Ich glaube, es würde uns noch nicht einmal gelingen, dies mit dem Fußball zu toppen, selbst wenn wir jetzt Weltmeister werden würden. Also ohne Spaß, Deutschland hat eine hohe Reputation in der Kultur. Wenn man es mal mit Kriterien einer Image-Kampagne vergleicht: Weltunternehmen geben irrsinnige Summen aus, um wenigstens in Teilbereichen ihres Images so tadellos dazustehen wie die Bundesrepublik Deutschland auf Grund ihrer Tradition. Jedes andere Imagefeld ist gebrochen - Politik, Ökonomie usw. -, die Kultur ist ungebrochen positiv. Angesichts dessen, was andere investieren, um einen entsprechenden Ruf zu erlangen, sind die Beträge, um die die Politik hier streitet bzw. über die entschieden werden, wirklich Marginalien.

Meine Damen und Herren, meine Erfahrungen sind in den letzten Jahren hohe Effizienz, Motivation, hoher Anteil an Selbstaussbeutung der Beteiligten, eine enorme Reputation der Goethe-Institute in verschiedenen Bereichen der Städte und der Landschaften, in denen sie wirken, in der Ökonomie, in der Kulturszene und in der

politischen Szene. In diesem Sinne, gemessen an den eingesetzten Kapitalressourcen, eine hohe Effizienz, und worauf es mir persönlich ankommt, das herauszustreichen, sehr effiziente Netzwerke. Die Leiterinnen und Leiter, die ich kennen gelernt habe, sind nicht in Ähnlichkeitsjobs dort, aber sie kommen aus dem Goethe-Institut, sie bringen sehr viel Know-how mit, wie sie sich in die vorhandenen Netzwerke einlinken. Die Übergabe der Staffelstäbe erfolgt weitgehend reibungslos. Auf diese Weise kommen Sie als Deutscher, wenn Sie als deutscher Gast dort eingeladen sind, unmittelbar in den Kontakt zu Entscheidungsträgern, zu Menschen, die sich in hohem Maße mit der deutschen Kultur auseinandersetzen. Und diese stabilen Netzwerke sind aus meiner eigenen Erfahrung in anderen Bereichen fast gar nicht zu bezahlen. Zerstört man sie, indem man einzelne Standorte oder Institute schließt, wird man unendlich viel mehr investieren müssen, um sie wieder aufzubauen. Die Kosten für die weitere Unterstützung und das weitere Tragen dieser Institute sind doch vergleichbar gering. Die Negativseiten meiner Erfahrung sind die, wie bereits angedeutet, ein hoher Personalaufwand, bis an den Rand der Selbstausschöpfung betrieben, die laufenden Kosten fressen die Projektkosten, die Projektkosten werden immer schmaler. Hier fällt mir ein martialisches Beispiel ein: wir haben dann irgendwann einmal Kanonen ohne jede Munition, mit denen können Sie dann zum Schluss noch nicht einmal auf Spatzen schießen. Und wer will das auch? Was herauszustreichen ist - und was ich in den Statements bereits gelesen habe -, ist die Verunsicherung durch eine enorme Gerüchteküche. Da ist auch nach meiner Einschätzung viel hausgemacht im Goethe-Institut. Diesen Vorwurf kann ich der Leitung des Goethe-Instituts nicht ersparen. Was mir noch negativ aufgefallen ist, ist der Rückgriff auf solche Behelfsstrukturen wie Praktikanten(un)wesen, weil man dann nicht mehr in der Lage ist, personell das zu leisten, was üblich und angemessen wäre. Wenn ich die Funktion des Goethe-Instituts als Außenstehender beurteile, so fällt mir auf, dass das Goethe-Institut in zweierlei Richtungen wirbt. Es wirbt nicht nur für Deutschland in den jeweiligen Standorten, sondern umgekehrt, in großer Weise auch reflexiv für Deutschland. Denn, wie ich eingangs gesagt habe, dass Deutschland in der Kultur einen makellosen Ruf hat, befördert auch die Öffnung in den verschiedensten kulturellen Zusammenhängen für deutsche Interessen im Allgemeinen. Ich bin der Letzte, der dem Primat der Ökonomie in unserer Politik das Wort redet. In der Satzung des Goethe-Instituts steht kein Wort von Ökonomie, aber von Kultur und Sprache. Gleichwohl wäre es an der Realität vorbei gedacht, wenn man nicht den enormen ökonomischen Input sehen würde. Ganz einfach gesagt, ich habe in zahlreichen Veranstaltungen des Goethe-Instituts hochrangige Wirtschaftsmanager und Unternehmer aus den entsprechenden Ländern oder Unternehmensvertreter deutscher Unternehmen gesehen, die sich sehr gern im Licht dieser sehr reputierten Organisation zeigen und in diesem Licht sonnen. Auch für die Ökonomie fällt sehr viel ab. Ich bin mir klar darüber, dass es sehr schwierig sein wird, diese Behauptung mit einer

Effizienzstudie zu unterlegen, aber ich glaube, ich habe auch das Gefühl für diese ökonomischen Strukturen im Laufe meines Lebens entwickelt, so dass ich sagen kann, unterschätzen Sie diesen Aspekt nicht, er ist eindeutig nachrangig nach dem Kulturellen, er profitiert von dem Kulturellen, er kommt hinzu, er ergänzt ihn. Und eine weitere Anmerkung ist die bedauerliche Abhängigkeit der Goethe-Institute, bei Veranstaltungen auf Sponsoren zurückzugreifen. Die Sponsoren, die zum Teil auch inhaltlich Einfluss nehmen – eine Erfahrung, die ich persönlich machen musste - das sollte man zukünftig, wenn es geht, versuchen zurückzufahren, denn das ist nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, dass singuläre Unternehmerinteressen das Erscheinungsbild und das Auftreten in den Veranstaltungen zumindest beeinflussen können.

Lassen Sie mich noch das Wort Konfliktprävention und Kulturaustausch erwähnen. Ich war leider nicht in Gegenden, in denen dies eine große Rolle spielt, aber ich habe Frau Elsässer kennen gelernt, die das Goethe-Institut in Kabul aufgebaut hat. Eine außerordentlich tüchtige Frau, die jetzt in Melbourne ist, und die mir beredt und sehr glaubwürdig berichtet hat, welchen großen Wert auch diese kleinen Schritte in kultureller Hinsicht innehaben und welche Wahrnehmung diese in einem so kriegsgeschüttelten Land wie Afghanistan haben.

Lassen Sie mich kurz gefasst noch Forderungen oder Vorschläge anfügen. Ich halte es für unabdingbar, den Bestand der Goethe-Institute zu sichern. Es macht keinen Sinn, so sehr die Konfliktprävention wichtig ist, zu Lasten eines Projektes in Pakistan oder Afghanistan Institute zu schließen mit einer Tradition, mit Netzwerken, mit einer Bedeutung wie Chicago oder wie Mailand. Das ist schlicht Quatsch. Da werden Netzwerke zerschlagen, es werden alte kulturelle Verbindungen zerstört, die fast nicht mehr wieder aufzubauen sind. Da nützen auch keine Büroinstitute, da nützen auch nicht fliegende Gesandte mit dem Laptop. Sie alle haben gar nicht die Zeit, das Vertrauen und, ich sage jetzt bewusst, Zuneigung der Menschen vor Ort zu erwerben, die die Mitarbeiter der Goethe-Institute nach meiner Beobachtung sehr oft oder fast immer haben. Ich denke, als zweites Postulat ist es notwendig, klar zu sagen: Es müssen politische Entscheidungen sein, wo man neu eröffnet. Erste Sache ist die Bestandssicherung. Es darf nichts zugemacht werden. Und dann muss es eine Frage der auswärtigen Politik und Kulturpolitik sein, an diesen und an jenen Punkt will ich hingehen. Wenn Heinz Dürr sagt, es erfordert das ökonomische Interesse der Bundesrepublik Deutschland noch drei oder fünf Institute in China aufzumachen, dann muss es eine politische Entscheidung sein. Und diese politische Entscheidung muss eindeutig gekoppelt sein mit der Finanzierungsentscheidung. Das kann nicht eine Selbstausbeutungsaufforderung sein. Schließlich würde ich denken, dass als Drittes eine Restrukturierung notwendig ist. Da ist vieles hausgemacht. Ich habe zwei Forderungen, dass diese Restrukturierung langfristig und nachhaltig sein muss. Es darf

nicht ein Schaukelkurs sein, es darf nicht ein Kurs entstehen, der wieder zu Gerüchteküchen, zu Frustration führt, zu der Vorstellung, ich bin nur kurzfristig hier an dieser Stelle, ich kann doch nichts ausrichten. Dies ist extrem kontraproduktiv. Und lassen Sie mich zum Abschluss den Vorsitzenden dieses Ausschusses zitieren mit dem Wort „Stammkundschaft geht vor Laufkundschaft“, so in einem Interview in der „Welt“. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Breinersdorfer. Herr Dürr!

Heinz Dürr: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich bin auch kein Experte für Goethe-Institute; kenne einige, habe aber als Vorbereitung auf diese Sitzung mich eingelese in viel Stoff, Zeitungsartikel, Papiere des Instituts, Meinungen der Sachverständigen. Und es stellt sich die Situation so dar: das Budget ist gedeckelt, sehr wahrscheinlich mit Minus, Sparmaßnahmen sind nur bei Leistungsreduzierung möglich und jetzt überlegt man, was kann man nun in Zukunft machen. Also typischer Sanierungsfall. Nun ist ja ein Sanierungsfall - hier muss man mal präzisieren, da das Wort sehr viel in der letzten Zeit benutzt wurde -, ein Sanierungsfall ist ja dann vorhanden, wenn die Entwicklung einer Organisation so ist, dass sie irgendwann einmal zum Konkurs führt. Insofern ist natürlich die Bundesrepublik Deutschland kein Sanierungsfall, denn die kann nicht Konkurs gehen. Beim Goethe-Institut ist es etwas anderes. Das Goethe-Institut ist ein Sanierungsfall, wo die üblichen Überlegungen stattfinden müssen, die ich ja bei verschiedenen Unternehmen selbst gemacht und kennen gelernt habe. Also erst einmal: wie könnte ich die Umsätze steigern, Umsätze rauf, Kosten runter, neue Produkte. Dass das Goethe-Institut ein Sanierungsfall ist, sehen Sie auch daran, dass der Betriebsrat sich äußert. Wenn der Betriebsrat sich äußert, dann ist immer der Sanierungsfall am Horizont da. Auch wenn er sich so ungenau äußert, wie hier in diesem Fall. Aber das macht er normalerweise, weil die Entscheidungen ja sehr viel später kommen. Also, Kosten runter, Umsätze hoch und neue Produkte. Nun gibt es ja Überlegungen - da habe ich allerdings meine Zweifel, ob, wie ich da gelesen habe bei einem Editorium von Generalsekretär Knopp. Der sagt, für ihn sei das Goethe-Institut ein vielgestaltiges Friedensinstrument par excellence, das mit runden Tischen in Lateinamerika, Asien und Afrika allgegenwärtig ist. Also darunter kann ich mir nur bedingt etwas vorstellen. Und ich bin mir nur sicher, das Goethe-Institut kann keine Mini-UNO sein. Die würde sich hier gewaltig verheben und es wäre nicht im Interesse des deutschen Steuerzahlers.

Position der Wirtschaft, wie sieht die Wirtschaft des Goethe-Instituts aus? Ich gehe mal davon aus, dass es nicht so ist, wie Sie gerade gesagt haben, dass sich also Manager nur im Glanz des Goethe-Institutes sonnen, sondern dass sie selbst hin und wieder eine kulturelle Grundausstattung mit sich bringen.

Dr. Fred Breinersdorfer: Das habe ich auch nicht bestritten.

Heinz Dürr: Ich meine, Wirtschaft, insbesondere in etwas ferner liegenden Ländern, ohne einen Bezug zur Kultur, ist einfach nicht möglich. Und deshalb, anknüpfend an das, was Sie gesagt haben: ich bin der Meinung, das Goethe-Institut sollte nicht nur Instrument der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sein, sondern auch in gewissem Maße die deutsche Außenwirtschaftspolitik unterstützen. Nicht in einer Lobbyrolle, aber doch in dem es prägend auf das Deutschlandbild in der Welt einwirkt. Gespräche mit Leuten am Golf und in China haben mir gezeigt, dass genau das das Thema ist. Die unterscheiden nämlich nicht so sehr. Für die ist ein Mercedes auch Kultur. Und für die ist natürlich ein Schiller Kultur. Und wenn ich mit meinem Bahn-Kollegen von der japanischen Eisenbahn die Reform diskutiert habe vor zehn bis 15 Jahren, dann hat er, wenn es ganz schwierig wurde, von Schiller „Die Glocke“ zitiert. Also, da ist schon was dran, was Sie gesagt haben, dass wir das machen müssen. Denn wo Kulturwirtschaft und Politik sich überlappen, da entsteht ja eine Schnittmenge, die wir eben Gesellschaft nennen. Und das Ziel dieser Gesellschaft muss, zumindest den Eliten im Ausland, in seinen Grundlinien bekannt sein. Auf Grund dieses Bildes werden wirtschaftliche und natürlich auch politische Entscheidungen getroffen. Aber ich bin von der Wirtschaft nun mal beeinflusst. Im Marketing würde man so etwas Imagebildung nennen, Sie haben es bereits gesagt, es ist ein Image-Faktor. Hier gibt es solche Beispiele wie das Volk der Dichter und Denker, die Apotheke der Welt, beste Autos usw. Ich erwarte nicht, dass das Goethe-Institut hier PR-Kampagnen startet, aber dass es den Humus bereitet, auf dem herausragende intellektuelle, unternehmerische und politische Leistungen mit Deutschland verbunden werden. Nun muss sich das Goethe-Institut sicher auch der weltwirtschaftlichen oder weltpolitischen Entwicklung anpassend ausrichten. Also sieben Institute in Italien und zwei in China, das ist kein richtiges Verhältnis. Da stimmt etwas nicht. Ich stelle weiter fest, das Goethe-Institut will auf mehr Netzwerke setzen. Also Freelancer und Praktikanten und Sponsoren usw. Ich glaube, das kann so nicht funktionieren, denn Kulturaustausch, wie ich ihn mir vorstelle, ist immer auch ein Zusammenkommen von Menschen, und die brauchen eben auch einen physischen Platz, die brauchen eine Anlaufstelle, die brauchen ihre Bibliothek – und die kosten eben nun mal Geld. Walther Rathenau hat 1916 formuliert: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“. Ich stelle mir immer wieder die Frage, ob es heute nicht heißen müsste, die Wirtschaft und die Kultur sind unser Schicksal. Ich meine, aus der Sicht eines Unternehmers, der sehr viel international tätig ist und tätig war und sich mit vielen Dingen international beschäftigt hat, ist es klar, dass wir uns in Deutschland ein schlagkräftiges Instrument für Außendarstellung in der Welt leisten müssen und das müssen wir auch richtig finanziell ausstatten. Das kann nicht von Haushalt zu Haushalt gehen, sondern es muss über einen gewissen Zeitraum sein. Da muss Planungssicherheit

da sein, weil sie die Leute brauchen, die die Kontinuität haben. Es kann nicht sein, dass da jedes Jahr wieder etwas neu gemacht wird,. Es bedeutet, dass hier eine langfristige Planung stattfinden muss. Und ich meine auch, dass wir hier mehr Geld brauchen. Es geht ja hier um Beträge; wenn ich die vergleiche mit anderen Themen, die wir zur Zeit diskutieren, sind es ja nun wirklich weniger als Peanuts, über die wir uns hier unterhalten. Allerdings muss ich hier zum Schluss, wenn wir schon bei der Sanierung sind, sagen, man muss sich auch ansehen, wie die Kostenstruktur in dem Apparat ist. Und ich kann nicht beurteilen, ob eine Hauptverwaltung mit 250 Leuten die übrigen 150 richtig lenken kann, ob da nicht ein Overhead etwas zu stark geworden ist. Also die operativen Kosten, die sich wirklich auf das Produkt beziehen, müssen natürlich auch in einem vernünftigen Verhältnis stehen zu dem, was im Overhead, also in der Verwaltung dieser Kosten, stattfindet. Also, operativ schlanke Prozesse – da kann ich nichts zu sagen, weil da müssten wir mal in das Unternehmen reingehen und sagen, wie viel habt ihr denn an der Stelle usw.; das Übliche, was man macht, wenn man in eine Sanierung geht. Danke.

Der Vorsitzende: Herr von Nordenskjöld, bitte!

Fritjof von Nordenskjöld: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich zunächst für die Einladung bedanken, weil sie mir Gelegenheit gibt, aus meiner über 30jährigen praktischen Erfahrung festzuhalten, wie positiv ich persönlich die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen des Goethe-Instituts empfunden habe, und dabei feststellen konnte, dass diese Kolleginnen und Kollegen mit dem gleichen Enthusiasmus an unseren gemeinsamen Zielen im Ausland mitgeholfen und einen wesentlichen Anteil daran haben, dass es uns gelungen ist, ein realistisches Deutschlandbild zu vermitteln, die deutsche Sprache zu bewahren und zu verbreiten und letztlich auch die Wiederanerkennung als eine wichtige Kulturnation zu erreichen. Also hier, glaube ich, schuldet das Auswärtige Amt diesen Kolleginnen und Kollegen einen großen Dank. Ich will nicht verschweigen, dass es Zeiten gab, in denen sich die Kollegen des Auswärtigen Amtes auch mal darüber geärgert haben, dass sich die Kolleginnen und Kollegen vom Goethe-Institut als die besseren Deutschen dargestellt haben. Aber wie in manchen Zeitungsartikeln so richtig dargestellt wurde, war das natürlich oft ein Spiel mit verteilten Rollen, das dann letztendlich dem gemeinsamen Interesse auch wieder gedient hat. Insgesamt also eine höchst positive Erfahrung. Und ich kann mir nur wünschen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Ich bin hier sehr zuversichtlich, denn die Rolle der Goethe-Institute hat nichts an Notwendigkeit verloren und wird sie auch in Zukunft nicht verlieren. Es ist ganz normal, dass sich in diesem Zusammenhang die Goethe-Institute in die allgemeine politische Interessenausrichtung Deutschlands einordnen, das haben sie bisher immer getan. Es ist ja auch evident, dass Deutschland, wie wenige andere Länder, von seinen Außenbeziehungen abhängig ist. Da ist einmal unsere große Nach-

barschaft, aber auch die Tatsache, dass wir nicht nur an einem generellen Frieden in der Welt interessiert sind, sondern natürlich auch mit unserer praktisch nicht vorhandenen Rohstoff- und Energiebasis ein ganz außergewöhnliches Interesse an gut funktionierenden Außenbeziehungen haben. Und da spielt eben das Goethe-Institut eine ganz außergewöhnliche Rolle. Es ist deswegen auch kein Wunder, dass sich das Goethe-Institut genau dort massiv engagiert hat, wo sich auch die deutsche Außenpolitik massiv engagiert hat – in den USA, in Europa - und dass deswegen dort auch diese großen Institutszahlen zu sehen sind. Das hatte schon seinen Sinn und, um es gleich vorweg zu nehmen, es wird auch in Zukunft seinen Sinn behalten, denn in diesen Regionen entscheidet sich auch unsere politische Zukunft und dort werden wir auch, so wie es zumindest heute zu übersehen ist, auch weiterhin überwiegend unser Geld verdienen durch Investitionen und Handelsbeziehungen. Natürlich wird man die heutigen Strukturen überprüfen müssen, sowohl die Zentrale als auch die Sinnhaftigkeit des bestehenden Netzes. Aber alles steht natürlich wie immer unter dem bekannten Finanzierungsproblem, das das Goethe-Institut so lange begleitet hat, wie ich es persönlich kenne. Es war immer ein Nullsummenspiel, es gab immer eine Deckelung, es hing immer vom Etat des Auswärtigen Amtes ab. Nun muss ich hier mal etwas ganz Kritisches sagen. Es ist einfach ein Unding, wenn ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das ein außergewöhnliches Interesse an guten Außenbeziehungen hat, es sich leistet, regelmäßig einen Etat für das Auswärtige Amt auszuweisen, der unter einem Prozent des Bundeshaushaltes liegt. Hier liegt einfach ein Missverhältnis vor, und das arme Goethe-Institut zahlt dafür die Zeche, denn jedes Mal, wenn das Auswärtige Amt in schöner Regelmäßigkeit wieder gekürzt wird, gibt es diese Kürzungen an seine nachgeordneten Mittlerorganisationen weiter, ob es das Deutsche Archäologische Institut ist, ob es das Goethe-Institut ist. Ich will jetzt keine Loslösung der Goethe-Institute vom Auswärtigen Amt vorschlagen, das wäre die falsche Lösung. Nein, ich möchte empfehlen, in Deutschland eine Grunddebatte zu führen, ob diese absolute Unterfinanzierung des auswärtigen Bereiches, zumindest in der Politik, den Interessen des deutschen Volkes dient. Ich bin dieser Auffassung nicht. Ich glaube, wir brauchen eine Überprüfung und eine Änderung dieses Zustandes. Über die historischen Gründe für diesen Missstand will ich mich hier nicht verbreiten. Aber es ist ja unschwer festzustellen, woher das kommt. Vielleicht kann die Große Koalition ja hier einen Anfang machen, um diese Grunddebatte einzuleiten. Wenn sich nichts ändert, wird sich auch an der Misere des Goethe-Institutes nichts ändern. Es wird vor allen Dingen zum Dauerproblem, wenn diese Deckelung weiter Bestandteil unserer Finanzplanung bleibt, weil neben allen internen Reformen und Restrukturierungen und Effizienzsteigerungen, über die wir ja gerne reden können, natürlich letztlich irgendwann die Frage aufkommt, dass wir auch neue Mittel brauchen, wenn wir neue Aufgaben übernehmen. Und diese immer wieder hochkommende Schließungsdiskussion, die ich kannte, so lange ich im Geschäft war, ist

eine absolute Scheinlösung. Außerdem hat sie den erpresserischen Charakter, Druck zu erzeugen, um in die richtige Richtung zu kommen. Wir wissen alle, dass es mit Schließungen nicht getan ist. Natürlich kann es hin und wieder mal eine Verschiebung der Gewichte geben und sie wird es in Zukunft geben müssen, denn natürlich müssen wir in die neuen strategischen Regionen hineingehen. Aber es ist doch nicht vorstellbar, dass jedes Mal, wenn ein zusätzliches Institut in China eröffnet werden soll, in Westeuropa oder den USA ein Institut geschlossen werden muss, nachdem ich, zugegebenermaßen, alle internen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft habe. Letzteres ist natürlich die Voraussetzung für alle weiteren Finanzplanungen. Da kann ich nichts dazu sagen, weil ich mich mit diesen Dingen im Einzelnen nicht beschäftigt habe. Das ist die zentrale Grundlagendiskussion zwischen dem Goethe-Institut, dem Auswärtigen Amt und dem Haushaltsausschuss, ob wirklich alle Möglichkeiten erschöpft sind, die diese Struktur bei sich selbst finden kann, um weitere Planungen in Angriff zu nehmen. Reichen die internen Sparmaßnahmen nicht, sind ganz eindeutig neue Aufgaben mit neuen Mitteln verbunden, denn bestehende Institute zu schließen, das ist genau so, als wenn Sie bestehende Botschaften zumachen. Die Vertrauenswerbung, das Kennenlernen – all dieses braucht sehr viel Zeit. Es braucht wichtige Vorkehrungen im infrastrukturellen, vor allem aber im personellen Bereich, man braucht gut ausgebildete Leute mit Landessprachenerfahrungen, mit Landeskenntnis, man braucht natürlich auch Mittel für Programme, sonst macht das alles keinen Sinn. Aber all dieses ist auf Dauerhaftigkeit angelegt. Nur die mühsame tägliche Kärrnerarbeit bringt es. Große Events sind ganz gut, um Aufmerksamkeit zu erregen, aber sie bringen uns nicht tief in ein Gastland, in das wir hineinwirken wollen, wo wir Vertrauensbildung betreiben wollen. Dazu braucht man Präsenz, und zwar dauerhafte Präsenz. Und da kann man mir nun nicht sagen, in Europa oder in den USA läuft doch alles von selbst, wir haben das Internet, wir sehen uns ständig, wir reden permanent miteinander, wir haben Billigflüge überallhin, gar kein Problem, wir nehmen Institute aus Europa und den USA heraus und gehen in die neuen strategischen Regionen. Diese Diskussion hatten wir bereits mit den deutschen Botschaften in Europa. Da gab es immer wieder verehrte Kollegen von Ihnen, die zu mir kamen und sagten, Sie haben es schön hier in Rom oder in Paris, aber es ist nur schade, dass es nicht mehr lange dauern wird, denn wir werden das alles überprüfen, das brauchen wir doch alles nicht mehr. Damals gab es dann die AA-interne Paschke-Studie, die zu dem Thema „Illusion der Nähe“ eine große Untersuchung angestellt hat. Nach langer interner Diskussion hat im Auswärtigen Amt diese Untersuchung ein Ende gefunden, weil man auch bei den europäischen Nachbarn festgestellt hat, dass niemand außer uns auf so eine Idee gekommen ist. Und wenn Sie die neuen Botschaftsbauten der europäischen Partner in Berlin sehen, dann sehen Sie, dass unsere Partner nicht abbauen, sondern dass sie aufbauen, weil nämlich in Europa die Arbeit längst nicht getan ist. Und ich kann ein Lied davon singen. Ich war in

zwei Ländern, von denen wir glauben, dass wir mit ihnen am allernächsten verbandelt sind, nämlich Italien und Frankreich. Nun schauen Sie sich mal an, was in Frankreich passiert. Wir kämpfen um den Erhalt der deutschen Sprache. Deutsch, einst die Kultursprache der französischen Elite an den Schulen. Nur mit größter Mühe können wir es gegen Spanisch halten. Die deutsche Kultur an sich ist in Frankreich zum Problem geworden. Die nächste Generation ist voll auf den angloamerikanischen Kulturkreis orientiert. Das Interesse an Deutschland lässt nach. Der Arbeitsaufwand in Frankreich ist viel größer als vorher. Das heißt auf gut deutsch: mit jeder Generation müssen wir von neuem anfangen, damit wir das Erreichte nicht verlieren. Das gilt für Italien genauso. Die Stereotype kehren wieder, es ist, als wären wir nie wirklich in die Vollen gegangen. Jede neue Generation stellt die gleichen Fragen, und sie müssen wieder beantwortet werden. Das ist in der Politik so, und das ist in der Kultur genauso. Und wenn Sie diese Sonderbeziehung nicht pflegen, dann verlieren Sie in Frankreich den berühmten deutsch-französischen Reflex, die Grundlage unserer Beziehungen. Wenn Sie auf die deutsch-französische Industriepolitik schauen, dann können Sie sich ungefähr vorstellen, was ich meine. Hier ist ständige, langfristige, solide, tief greifende Kärnerarbeit wirklich unumgänglich. Wenn ich dann höre, dass das von mir hoch geschätzte Institut in Paris von sich aus den Vorschlag macht, die Bibliothek zu schließen oder auf ein Minimum zurückzuführen, dann fasse ich wirklich die Welt nicht mehr. Wenn dann also eine ganze Reihe von französischen Intellektuellen auf die Bühne klettern muss, um dieses zu verhindern, dann zeigt sich, dass wir hier an den falschen Ansätzen arbeiten. Natürlich wird man versuchen müssen, die Struktur mancher Regionen und Institute anzupassen. Da gibt es auch alle möglichen Ansätze. Man kann bis zu Kooperationen zwischen dem Auswärtigen Amt und seinen Außenstellen und den Instituten gehen, man kann auch die Frage prüfen, ob man nicht die teuren entsandten Kräfte gegen Ortskräfte austauscht. Da warne ich davor, dieses Problem haben wir mit den Botschaften auch gehabt. Wenn man aber die manchmal in der Tat billigeren Ortskräfte im Übermaß einsetzt, verliert so ein Institut, genau wie eine Auslandsvertretung, seinen wirklichen Druck und seine Überzeugungsfähigkeit, weil natürlich den Ortskräften in aller Regel die Anbindung an Deutschland fehlt und die wirkliche direkte Erfahrung mit der deutschen Realität. Also da bin ich mir nicht sicher, ob das nun die Lösung aller Probleme ist. Punktuell kann man es sicherlich nutzen. Ob die Kooperation mit europäischen Partnern eine gute Lösung ist, muss man, glaube ich, erst einmal ausprobieren. Ich habe das selbst einmal in Italien erlebt. Man sollte nicht übersehen, dass es in Europa durchaus Konkurrenzlagen gibt. Das ist ja auch nicht verkehrt. Wir sind ja weit entfernt von einer europäischen Identität. Noch ist ja die Vielgestaltigkeit der europäischen Kulturentwicklung gerade einer der großen Anziehungspunkte. Also müsste man schon darauf achten, dass eine Kooperation oder Kolokation, d.h. das Zusammenlegen von Instituten in einem Gebäude, nicht mehr Reibung erzeugt als Gewinn bringt. Das muss

man im Einzelfall prüfen. Ich erinnere mich an eine endlose Debatte über ein gemeinsames deutsch-französisches Institut in Moskau. Meines Wissens sind wir immer noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen. Ich halte das für ein gutes Beispiel, wie schwierig solche Übungen sind. Ob es dann letztlich der Sparsamkeit hilft, das wird man im Einzelnen sehen müssen. Natürlich muss man all diese Dinge prüfen, aber ich kann nur dringend davor warnen, zu kurzatmig zu werden. Die langfristige solide Tiefenarbeit bringt den Erfolg und damit auch eine Stärkung bei der Verfolgung der deutschen Interessen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Professor Ottomeyer, bitte!

Prof. Hans Ottomeyer: Ich leite das Deutsche Historische Museum und bin vom Museum aus und über das Museum hinaus eben auch mit institutionellen Aufgaben betraut, im Rahmen von ICOM, der Internationalen Museumsvereinigung, und anderen Gremien. Das sind vor allem die Geschichtsmuseen, die sich auf europäischer Ebene und darüber hinaus regelmäßig treffen und einen losen Verbund bilden. Als Kurator war ich früh mit Ausstellungsvermittlung in das Ausland beschäftigt, ich bin das jetzt als Generaldirektor eines Museums auch weiterhin. Ich habe keine systematischen, ich habe aktive Erfahrungen gesammelt und ich muss sagen, ich habe von Goethe-Instituten wechselnd profitiert. Als Dank haben wir dann diesen Katalog auf den Weg gebracht. Im Jahre 2001 habe ich dieses Projekt von meinem Vorgänger, Herrn Stoelzel, geerbt und gerne weitergeführt. Also eine Orientierung über 50 Jahre Goethe-Institut, Goethe-Institute, die vor Ort ja immer ganz wechselnd agieren. Ich habe da vor allem sehr positive Erfahrungen gemacht mit den kleinen Goethe-Instituten in Turin, in Bordeaux, in Lissabon, auch in Moskau, wenn man so sagen darf. In den ganz großen Städten, da geht das häufig an einem vorbei und die gehen an einem vorbei. Trotz langer Aufenthalte in London, Paris, New York oder auch Los Angeles ist es nicht zu direkten Kontaktaufnahmen gekommen, sondern, im Falle Los Angeles sogar, dass die gesagt haben, ja, ja wir machen auch unser Goethe-Institut-Programm zu diesem Themenfeld, aber mit dem Museum wollen wir überhaupt nichts zu tun haben. Das gibt es auch, aber das ist der individuellen Haltung des jeweiligen Leiters dann geschuldet. Wir haben von den Museen aus auch immer wieder Ausstellungen auf den Weg schicken können, ob das jetzt Plakatausstellungen waren oder Fotoausstellungen, die sich ganz besonders anbieten, oder sogar gewagte Objektausstellungen, die dann in Goethe-Instituten in Chicago und Atlanta zu sehen waren, das sei dahingestellt. Ich will nicht unerwähnt lassen, dass mir schon früh dieser Slogan begegnete: „Goethe-Institut abschaffen“. Wenn ich mich recht entsinne, ich lebte damals in Brüssel, war das im Jahr 1974 anlässlich der berühmten Staeck-Plakate-Ausstellung. Herr Staeck ist ja inzwischen ganz was anderes geworden. Und das galt damals als eine groß angelegte und grundlegende Provokation, die dann von der Politik aus beantwortet wurde mit der Aufforderung, die machen da

etwas, was ihnen nicht zukommt, schafft die doch gleich alle ab. Das war auf ein Jahr, denke ich, Gespräch damals in Brüssel und ich glaube, das hat diesen Begriff teilweise in die Köpfe gebracht. Die Goethe-Institute sind für uns ein zuverlässiger und ständiger Ansprechpartner, was die Museumsbranche angeht, und wir wissen uns überein in dem gemeinsamen Ziel der Kulturvermittlung. Sie haben für uns wichtige Mittler- und Multiplikationsfunktionen und wir können sie immer wieder ansprechen, um über unsere Ausstellungen zu informieren und sozusagen auch als Depositum ganz trivial gesagt für die Flyer. Aber das braucht man auch. Und im Gegensatz bieten wir den Goethe-Instituten auch gelegentlich einen Ort ihrer Darstellung oder Selbstdarstellung. Die Goethe-Institute sind ein ganz hervorragender Gastgeber und Vermittler, das habe ich oft erlebt. Sie sind auch bereit, ohne große Präliminarien gemeinsame Programme aufzulegen und in ihre Vortragsreihen, kleine Symposien oder Tagessymposien ganz aktuelle Anlässe einzubringen. Das geschieht anderen Orts immer nur mit erstaunlich großen Vorläufen oder mit der Feststellung: keine Zeit, kein Geld. So haben Goethe-Institute immer bei den Museumskongressen geholfen oder den Generalkonferenzen der Weltmuseumsverbände, wo sie dann die Aufgabe sehr ernst genommen haben, Menschen zusammenzubringen. Denn wenn etwas in der Kulturpolitik nicht funktioniert, dann sind das diese so genannten Netzwerke, gedachte Konstrukte, die erst dann aber Wirkung entfalten, wenn man die Menschen, die Personen, die Institutionen zusammenbringt, die ein gemeinsames, sachlich begründetes Anliegen haben. Die so genannte Netzwerkarbeit ist eine leere Worthülse, eine Kartusche, die erst dann ihre Erfüllung erfährt, wenn man tatsächlich zwei Leute für ein längeres Gespräch an einen Tisch bringt. Das wird in den Goethe-Instituten durchaus verstanden und führt dann zu den Rückkopplungsprozessen, auf die es wirklich ankommt und die entsprechend weiterhelfen. Ich habe immer wieder erlebt, dass Partner, die Gesprächspartner und Partner für gemeinsame Ausstellungsanliegen, die wir in Städten wie Lissabon oder anderswo finden, fast alle eine Sprachausbildung an den Goethe-Instituten durchlaufen haben. Das ist sozusagen fast eine Basis, eine selbstverständliche Basis, dass sie dort ihre Deutschlandkontakte aufgebaut haben, dass dort ihr Bild von Deutschland eine ganz wesentliche Ausformung erfahren hat und dass sie das so positiv erfahren haben, dass sie immer wieder auf Grund dieser Erfahrungen dann ein Ansprechpartner sind. Und das Schöne daran ist, man muss es ihnen nicht abfragen, sie sagen das in der Regel selbständig und von sich aus und zeigen sich damit ganz deutlich als einer der wichtigsten Erfolge in der Sprach- und in der Kulturvermittlungsarbeit der Goethe-Institute. Wenn man Goethe-Institute abschafft, so müsste man sie wahrscheinlich sehr bald wieder neu erfinden. Wenn solche Einstellung eines Instituts erfolgt, so hinterlässt das in der kulturellen Gemeinde doch in der Regel eine große Lücke, die so bald dann nicht mehr zu füllen ist.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mir vorstelle, dass es ganz wesentlich ist, die grundlegenden Funktionen der Goethe-Institute zu stärken bzw. auch auszubauen. Das sind sicherlich Sprachangebote, das sind ganz sicherlich Bibliotheken, das ist darüber hinaus diese Vermittlungsaufgabe, Menschen zusammenzubringen. Diese Hauptanliegen gilt es allerdings auch klar zu definieren und entsprechend herauszustellen. Diese „Perfektiva“, der Weltsicht und der Sinnstiftung im ganz Allgemeinen kann dagegen nach meiner Ansicht einen Schritt zurücktreten. Denn wichtiger ist eben der langfristige Aufbau von Beziehungen vor Ort, und da haben die Leiter von Goethe-Instituten einen ganz klaren Vorteil gegenüber den Kulturattachés, die diesem raschen Wechsel unterworfen sind. Kaum sind sie da, da sind sie schon wieder weg. Ein solcher Leiter, der fünf bis sieben Jahre manchmal dort ist, der kennt sich in der Stadt gut aus, der weiß genau, wen er ansprechen muss, der hat auch Tendenzen beobachtet, die er einem vermitteln kann und er kann auch klarmachen, mit wem man wann über was richtig und gut zu sprechen hat. Damit kommt dem Goethe-Institut in der Kulturarbeit der Bundesrepublik Deutschland eine sehr wichtige Rolle zu. Danke.

Prof. Dr. Reiner Pommerin: Zunächst: ich bin kein Spezialist für das Goethe-Institut, aber ich habe mich als Historiker mit der auswärtigen Kulturpolitik beschäftigt und in den letzten 25 Jahren für zahlreiche Goethe-Institute als Wissenschaftler, als Hochschullehrer in der Welt gearbeitet. Insoweit habe ich eine gewisse Kenntnis der Arbeit sowie der Probleme dieser Institute vor Ort erlangt. Im Beirat für Wissenschaft, Literatur und Zeitgeschehen des Goethe-Instituts gelte ich deshalb vielleicht gewissermaßen als Verteidiger der Interessen der Auslands-Institute. Ich glaube allerdings auch, dass dies der richtige Blickwinkel ist.

Als Historiker beginne ich natürlich mit einem Zitat und stelle Ihnen ein paar Themen für Projekte vor, die Goethe-Institute für das Jahr 2006 beantragt hatten. Ich beginne mit Europa: Ankara, das Institut rangiert schon unter Europa, Goethe-Institute sind eben einen Schritt weiter als die Politik: „Die Rolle entwicklungspolitischer Fragen der deutsch-türkischen kulturellen Zusammenarbeit“; Bangkok: „Neues Bauen mit Bambus – Tradition und moderne Technologie“; Beirut: „Die Situation der Frauen in libanesischen Gefängnissen“; Kairo: „Dächer für inoffizielle Siedlungshäuser“; Kairo: „Spielräume für Kinder in der Altstadt von Kairo“; Accra: „Plastic Waste Management in Ghana“; Dakar: „Jugendarbeitslosigkeit“; Johannesburg: „Nachhaltige Energieeffizienz im Wohnungsbau“; Bogotá: „Gerechtigkeit und Frieden – die Rolle der Zivilgesellschaft“; Lima: „Luftverschmutzung in Peru – Ursachen, Folgen und Lösungsvorschläge“ und last but not least, Montevideo: „Das Fahrrad als städtisches Verkehrsmittel“.

Jetzt ein weiteres Zitat: Ein Auszug aus den angestrebten Zielen in der Satzung des Goethe-Institutes:

1. „Die Förderung der Kenntnis deutscher Sprache im Ausland;
2. Die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit;
3. Die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle gesellschaftliche und politische Leben.“

Man kann es der Präsidentin des Goethe-Institutes nicht verdenken, dass sie der Projektvielfalt, aus der gerade lediglich ein Ausschnitt wiedergegeben wurde, versucht, eine gewisse strategische Linie zu geben. Ich glaube, dieses Anliegen würde noch deutlicher, wenn man sich über einige Jahre rückwärts mit dem Programm einiger Auslands-Institute befassen würde. Meine Folgerung aus einer solchen Beschäftigung ist: die Zielrichtung der Tätigkeit der Goethe-Institute muss präzisiert werden. Zudem muss eine deutliche Abgrenzung von den Aktivitäten anderer deutscher Einrichtungen erfolgen, es sei denn es würde beabsichtigt, deren Aufgaben an die Goethe-Institute zu übertragen. Allerdings müsste man dann die Institute auch entsprechend finanziell ausstatten.

Was die Inhalte anbelangt, so konzentrieren sich diese aus meiner Sicht - und es mag sein, dass dies der Grund dafür ist, dass ich in den letzten Jahren weniger für Goethe im Ausland tätig sein durfte - in erster Linie auf die Vertiefung der Kenntnisse der Kultur der Bundesrepublik Deutschland, also auf die deutsche Gesellschaft, auf die Herr Dürr bereits hingewiesen hat, auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die kulturelle Vielfalt dieses Landes, seine Wirtschaft sowie auf sein politisches System. Als ich in Oxford am St. Antony's College war, habe ich als Veranstaltung, finanziert vom Stifterverband, eine Vortragsreihe zum Thema „Postwar German Culture“ organisiert und die gehaltenen Vorträge sodann als Buchveröffentlichung drucken lassen können. Den Anstoß zu diesem Vorhaben lieferte die Tatsache, dass es in englischer Sprache zum Thema „Postwar German Culture“ im Jahr 1995 kaum Literatur gab. Die Produkte von BMW, Daimler Benz und Bayer Leverkusen, spätestens durch das Aspirin nach dem „hangover“, sind hingegen weltweit bekannt. Also, Herr Dürr, da gibt es keinen dringenden Nachholbedarf, so schlecht ist es um die weltweite Kenntnis der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ihrer Produkte nicht bestellt. In anderen Bereichen, beispielsweise der Vermittlung der Geschichte der Bundesrepublik nach 1949, sehe ich Defizite, also im eigentlichen Kerngeschäft von Goethe. Wenn man diese Defizite abdecken will, so müssen allerdings auch die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Denn generell werden immer weniger Projekte durchgeführt. Herr Botschafter von Nordenskjöld war bereits so freundlich, darauf zu verweisen, dass wir ein finanzielles Dilemma schon seit Jah-

ren haben. Alle, die mit der auswärtigen Politik zu tun haben wissen von der Unterfinanzierung der deutschen auswärtigen Politik im Zeitalter der Globalisierung. Vielleicht sollten wir, lieber Herr Botschafter, einmal gemeinsam einen Aufsatz darüber verfassen. Es ist absurd, dass ein Land, welches kulturell, politisch und natürlich wirtschaftlich vom Kontakt zu seinen weiter und näher entfernten Nachbarn so abhängig ist, dass dieses Land so wenig Geld in entsprechende Ausstattung und Aktivitäten steckt. Das heißt für mich, wenn man auswärtige Kulturpolitik wirklich erfolgreich betreiben will, dann muss man dafür die Finanzmittel erhöhen. Will man dies Ziel aber gar nicht wirklich erreichen, dann sollte man dies deutlich sagen. Dann müssen eben Schnitte gemacht und diese hingenommen werden.

Damit komme ich gleichsam automatisch zum Thema der Schließung von Instituten. Hier ist bereits sehr viel gesagt worden über Europa und über die keineswegs sinkende, vielleicht eher noch steigende Bedeutung der Goethe-Institute in Europa. Für mich persönlich bedeutete es allerdings einen viel größeren Verlust, die Institute in der amerikanischen Fläche zu verlieren, die heute, angesichts der negativen Perzeption der Bundesrepublik in den USA, dringend benötigt werden. Das Institut in der Hauptstadt Washington hat übrigens gleich nach seiner Gründung ein tolles Projekt an der Howard University durchgeführt, welches sich inhaltlich an die dort studierende künftige schwarzafrikanische Führungsschicht richtete. Die inzwischen geschlossenen Goethe-Institute in Ann Arbor, in Atlanta, in Boston, in Cincinnati, in Houston, in St. Louis – das waren unsere kulturellen Vertretungen. Sie haben das Deutschlandbild in Nordamerika durch ihre wirklich effiziente Kulturarbeit mit geprägt und höchst positiv beeinflusst. Wenn man schließen will, und das wird man müssen, wenn nicht mehr Mittel bewilligt werden, so ist das eigentlich ganz einfach. Das erfordert nur einen mutigen Entschluss. Ich kann das natürlich leicht sagen, stehe ich doch nicht in der Verantwortung wie Frau Präsidentin Limbach. Sie wird überlegen und dann entscheiden müssen, wo man Institute schließt. Besser wäre es, sie müsste lediglich neue eröffnen, aber wie soll dieses gehen ohne Geld?

Was die Bibliotheken anbelangt, so bin auch ich der Meinung, dass diese dringend gebraucht werden, vor allem wenn die Benutzerfrequenzen entsprechend hoch sind. Was aber nicht benötigt wird, sind Buchmuseen. Die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek, mit der ich arbeiten muss, ist bereits fast ein solches Buchmuseum. Es wird für das Fach Neueste Geschichte fast weniger Literatur angeschafft, als ich im Jahr für mich selbst kaufe. Dann kann man aber auch gleich zumachen, dann lässt sich der Schritt wagen, eine Goethe-Bibliothek an eine gute Hochschule des jeweiligen Landes übergeben, damit die dortigen Germanisten mit diesen Büchern etwas Sinnvolles anfangen können. Bei Institutsschließungen werden immer Probleme entstehen. Dresdens Goethe-Institut ist eigentlich kein Institut mit einem besonderen kulturellen Auftrag. Kultur gibt es in Fülle in der Stadt und in Sachsen. Im

Institut wird Ausländern Deutsch beigebracht. Als es geschlossen werden sollte, war zu erleben, was Frau Präsidentin Limbach permanent erlebt und erleben wird: es wird eine Lobby ins Leben gerufen. Diese beginnt, verständlicherweise, schon mit dem Personal, was in den Instituten arbeitet, denn natürlich will niemand dort weg. Die Lobby erfasst Intellektuelle und selbst Politiker. Und schließlich kommen alle und sagen, die wertvolle Kulturarbeit, die gerade dieses Institut betreibt, die kann doch nicht einfach gestrichen werden. Und wenn man dann fragt, in welchem Bereich wird denn im Inland aktive Kulturarbeit betrieben, gibt es kaum Antwort, weil man darüber ja nichts Genaueres weiß. Sondern man hat lediglich gehört, es gebe eine solche. Natürlich kann ich auch in Rom, in Washington und in Kopenhagen und überall in der Welt Intellektuelle und Politiker finden, die man nutzen kann, um das Schließen eines Goethe-Instituts zu verhindern. Das ist keine große Heldentat, das ließe sich wohl überall organisieren. Ob diejenigen, die sich dann plötzlich schützend vor ein Institut stellen, auch zuvor rege Nutzer und aktive Partner des Instituts waren, ist nicht immer sicher. Auch die meisten Garnisonsstädte in der Bundesrepublik haben ja den Wert der dort stationierten Truppen erst erkannt, als diese abgezogen werden sollten.

Ich bin kein Freund der Zentralisierung von Goethe-Instituten in Hauptstädten. Ich fand beispielsweise die späte Gründung des Instituts Washington relativ überflüssig. Die Bundesrepublik war kulturell in Washington bereits gut vertreten mit dem Center for German Excellence an der Georgetown University, mit dem Kulturattaché der Botschaft, mit dem Deutschen Historischen Institut etc.

Was die Überlegungen zu einer künftigen Struktur anbelangt, wäre es aus meiner Sicht der falsche Weg, vor allem auf Freelancer, wie es so schön heißt, zurückzugreifen. Es ist ganz wichtig, zu einem Institut vor Ort fahren zu können, dort zu klingeln und jemanden zu fragen, wo und wie mache ich dies Projekt und mit wem. Ich habe weltweite Kontakte und Forschungs Kooperationen über die Goethe-Institute und nie über die DAAD gemacht und dabei übrigens auch Freunde gewonnen. Wenn man die Institute beibehält, so muss allerdings über ihre jeweilige Größe nachgedacht werden. Es macht gar keinen Sinn, große Institute zu unterhalten, wenn man diesen nicht die notwendigen Mittel für die Arbeit gibt. Es nutzen keine vier oder fünf Mitarbeiter, die über keinen Haushalt verfügen, mit dem sie Projekte machen könnten.

Zur Kooperation mit anderen Staaten: zunächst wäre es eine Illusion zu glauben, dass es eine europäische Identität gäbe. Ein bisschen Italien in den Suppentopf, etwas deutsches und etwas norwegisches Gewürz, dreimal umrühren und wir haben etwas Europäisches. Die Vielfalt, wie sie existiert, das ist Europas Charakter. Der führt aber konsequenterweise dazu, dass die nationalen Kultur-Institute anderer Län-

der aus dieser Vielfalt gerade auch ihre Spezifika vorführen wollen. Die Kooperation mit dem British Council ist hier und da ganz gut gelaufen. Aber hat nicht schon Frankreich ganz andere Vorstellungen von einer auswärtigen Kulturpolitik als die Bundesrepublik Deutschland? Nichtsdestotrotz kann und muss natürlich mit anderen europäischen Kultur-Instituten kooperiert werden, und natürlich müssen die Europäer gemeinsame Veranstaltungen und Programme machen. Aber es ist vorläufig nicht zu erwarten, dass es eines Tages in einem Land nur noch ein europäisches Institut gibt, und zufälligerweise führt es mal ein Goethe Mitarbeiter, mal jemand aus einer anderen Nation. Was ich nicht beurteilen kann, es wäre einmal zu überprüfen: In der Zentrale in München hat es in den letzten Jahren sehr viele Veränderungen gegeben. Dafür kann die Frau Präsidentin nichts, die muss damit leben, aber es ist natürlich schlecht, wenn das führende Management so häufig wechselt. Was die Controlling- und Strategieguppe anbelangt - es handelt sich auch um gut dotierte Positionen -, so würde ich vorschlagen, diese auf einen möglichst kleinen Stab zu begrenzen und das übrige Personal in die Welt zu schicken, um die Institute mit neuen Gedanken zu beleben. Die durchgeführte Regionalisierung müsste man noch mal überdenken, so etwa, ob die einzelnen Länder auch noch in die festgelegte Region passen, und ob es wirklich praktikabel ist, auf eine Person gleichzeitig die Regionalleitung zu legen und zudem ein Institut zu führen. Das aber sind Details, die will ich nicht weiter vertiefen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Gerald Schneider: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Anwesende! Ich will eigentlich, wie Herr Dürr, von einer Krise zunächst sprechen und dann darlegen, was sind für mich die Krisensymptome und dann Auswege aufzeigen, aber auch auf Irrwege und Illusionen hinweisen in diesem Zusammenhang. Wie komme ich zum Goethe-Institut? Das hat einen ganz biografischen Hintergrund. Ich bin in Konstanz, und in Konstanz gibt es einen emeritierten Kollegen, der in den 70er Jahren auf andere Arten von Herrn Dahrendorf, Lord Dahrendorf, ehemaliger Konstanzer, über die letzte umfassende Evaluation der Auswärtigen Kulturpolitik geschrieben hat. Und weil es seither keine umfassende Evaluation auf das Goethe-Institut gegeben hat, kann ich hier nur einen Blick von ganz weit oben liefern. Es ist keine Raubvogelperspektive, aber es fehlt hier Basiswissen, wie diese Auswärtige Kulturpolitik und das Goethe-Institut in den einzelnen Instituten funktioniert, ob es seine Aufgaben effektiv wahrnimmt im Sinne der Aufgaben, die ihm gestellt sind. Was sind für mich die Krisensymptome? Das erste Krisensymptom ist für mich eigentlich, dass das Goethe-Institut ein Missionar ist wie alle Mittlergesellschaften, aber ein Missionar, der auch ein wenig auf der Suche nach seiner Mission ist. Und weil das Goethe-Institut nicht genau weiß, wo es hin will, versucht es relativ kurzatmig Legitimität zu erzeugen dadurch, dass es auf neue Felder vorstößt und diese Felder sind bereits genannt worden. Also Friedensschaffung, Aufgaben, die eigentlich von allen anderen Repräsen-

tanten der deutschen Außenpolitik sehr viel effizienter wahrgenommen werden können. Ich befürchte auch, dass, wenn wir die Konturen völlig verwischen, die eigentlichen Kernaufgaben nicht im Sinne des Auftraggebers wahrgenommen werden können bzw. dass es hier dann auch Probleme in der Außenpolitik generell gibt, weil die eine Aktivität dieser Institution die Aktivität einer anderen Institution schlicht aufhebt.

Zweites Krisensymptom ist, dass es eigentlich keine klare Strategie in der Standardpolitik gibt. Das sage ich jetzt, obwohl es natürlich seit ein paar Wochen und Monaten diese intensive Diskussion gibt. Die benachbarten Nationen, größere Nachbarnationen, größere EU-Mitgliedstaaten Großbritannien und Frankreich mit ihren Institutionen, der British Council und dem Institut Français, haben diese Standortfrage bereits in den 90er Jahren gelöst, sind massiv nach Osteuropa gegangen, sind massiv nach Asien gegangen. Es gab 1999, bei der letzten Budgetkürzungsdebatte, ähnliche Diskussionen in Deutschland. Man hat da Zweigstellen in Westeuropa und auch in Nordamerika geschlossen. Es gab aber dort Kompromisse und diese Kompromisse sind jetzt weitergeführt worden und man hat die gleichen Diskussionen noch einmal wie vor fünf Jahren. Wie kann man eine solche Standortpolitik effektiv ausrichten? Das beruht im Wesentlichen darauf, was Herr Preisert in den 70er Jahren gemacht hat und was ich mit meinen Studenten nachgerechnet habe. Man braucht Indikatoren, über die letztlich die Politik entscheidet. Wo könnte eine Nachfrage nach deutscher Sprache und Kultur bestehen, wo könnte man sie unter Umständen stimulieren? Das kann dann auf wirtschaftlichen Faktoren beruhen, aber auch auf anderen Faktoren. Wichtig ist, dass es eine klare Diskussion darüber gibt, was sind mögliche Indikatoren, wo will man hin und das soll dann letztlich die Politik entscheiden. Aber die Politik soll nicht sagen, wenn es eine Krise gab: wir brauchen jetzt ein Goethe-Institut in Sarajevo und an X anderen Orten. Das führt dann zu diesen längerfristigen Problemen, weil es natürlich sehr schwierig ist, dann eine solche Fehlentscheidung längerfristig zu korrigieren.

Ein drittes Krisensymptom besteht eigentlich darin, dass es auch in diesem gesamten Politikbereich Berührungspunkte gibt gegenüber systematischer Evaluation. Es gab vor Jahren Initiativen des Auswärtigen Amtes, da wurden dann Professoren, unter anderem auch ich, und ein weiterer Konstanzer Kollege ins Auswärtige Amt eingeflogen, um eben hier eine systematische Evaluation dieses Politikbereichs vorzubereiten. In allen anderen Politikbereichen, Entwicklungspolitik usw. wird systematisch immer wieder evaluiert. Im Wissenschaftsbetrieb ist das auch gang und gäbe, alle meine Weisungen, meine Forschungsanträge werden genau daraufhin geprüft, ob dieses Vorhaben das Geld, was ich anfordere, verdient. Aber in diesem Politikbereich wissen wir relativ wenig und es gibt eben auch Berührungspunkte, die sich dahingehend geäußert haben, dass diese Evaluierungsinitiativen nicht weiter verfolgt wurden.

Was sind nun Auswege aus dieser Krise? Ich sage jetzt nicht irgendwie dramatisierend: Krisen gehören zu allen sozialen Beziehungen, zu Ehen, zu Universitäten, zu Fachbereichen und natürlich auch zum Goethe-Institut. Aber weil natürlich das Budget limitiert ist, weil hier ein Druck von der Politik auf das Goethe-Institut rauskommt, ist die Krise jetzt besonders gravierend. Ein Irrweg ist sicher die Hoffnung, dass sich irgendwie der Geldsegen hier verbessern wird, das heißt übersetzt, man muss ganz klare geografische Prioritäten schaffen. Ich will mich hier jetzt nicht einmischen, in meinem Positionspapier habe ich das nachgerechnet, auf Grund von zwei Indikatoren, wo man unter Umständen Mitarbeiter abbauen könnte, wo es eher gerechtfertigt wäre, wo man unter Umständen hingehen sollte. Das sind nicht unbedingt die Länder, die derzeit in der Debatte stehen. Es ist beispielsweise auch Nordamerika, wo man nach meinem Dafürhalten Ende der 90er Jahre fehlerhafte Entscheidungen gefällt hat. Also, es braucht hier eine langfristig angelegte Strategie, das Goethe-Institut muss wissen, wohin es will. Es gibt die Indikatoren dafür und man kann hier einen permanenten Dialog dann auch mit dem Auswärtigen Amt führen. Wichtig ist, wenn man diese Indikatoren - das ist der dritte Punkt hier, den ich aufführen will -, wenn man weiß, was die Indikatoren sind, dann führt es auch automatisch dann dazu, dass man sich klarer auf die Kernaufgaben des Goethe-Institutes beschränkt. Und diese Kernaufgaben sind nichts anderes als die Pflege und Vermittlung von deutscher Sprache und deutscher Kultur. Das kann natürlich mit anderen Interessen verknüpft sein, aber das ist immer nur sekundär. Ich habe in einer Evaluationsstudie mit einer Mitarbeiterin zeigen können - und das ist noch nicht veröffentlicht -, dass es hier bei der Mitarbeiterentsendung eine sehr fragwürdige Orientierung nach der touristischen Attraktivität dieser Länder gibt. Also, je attraktiver ein Land als Touristendestination ist, desto mehr Mitarbeiter werden vom Institut Française, vom Goethe-Institut und ein bisschen wenig vom British Council in diese Länder entsandt. Das deutet darauf hin, dass man tatsächlich effektiver hier vorgehen könnte, in diesem Politikbereich.

Der vierte Punkt schließt sich daran an. Man muss heute in der Politik, weil man einem permanenten Rechtfertigungszwang unterworfen ist, sich permanent der Evaluierung stellen und ich glaube, dass hier gerade das Goethe-Institut, wenn es diese Aufgabe ernst nimmt, Legitimität erzeugen kann. Das bedeutet letztlich auch in der Summe - will ich festhalten -: das Goethe-Institut ist nicht wie Tom Cruise auf einer Mission Impossible, sondern es gibt eine klar definierte Mission. Nur muss diese Mission wieder entdeckt werden.

Dr. Thomas Steinfeld: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin eigentlich Literaturwissenschaftler, leitender Redakteur einer süddeutschen Zeitung und nur peripher mit der Auswärtigen Kulturarbeit beschäftigt. Dass ich trotzdem immer wieder hineingerate, das hat vor allem damit zu tun, dass ich meine Berufslaufbahn als Lehrer für Deutsch als Fremdsprache begonnen habe und sechs

Jahre beim DAAD war in verschiedenen Positionen, u.a. im Ständigen Ausschuss Deutsch als Fremdsprache, also fachlich irgendwie geworden bin. Es gibt eine Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik außerhalb des Goethe-Instituts. Sie vollzieht sich, selbst in Zeiten, in denen die Mittel knapper werden, ohne auch nur annähernd so viel Stoff für Debatten zu liefern, wie die Arbeit des Goethe-Institutes. Die Humboldt-Stiftung betreut ihre auswärtigen Wissenschaftler, das ifa druckt seine Broschüren und widmet sich den wunderlichsten Projekten, darunter dem interkulturellen Witzplakat, der DAAD vermittelt seine Lektoren und holt seine Akademiker ins Land, ohne dass über Grund und Zweck dieser Veranstaltung öffentlich diskutiert würde. Der DAAD verfügt sogar über ein eigenes Künstlerprogramm, das den Programmen des Goethe-Instituts eigentlich viel näher steht, als den doch hauptsächlich universitären Angelegenheiten des DAAD, ohne dass sich daran je ein Zweifel heftete. Nur das Goethe-Institut geht alle zwei bis drei Jahre durch eine öffentliche Debatte, die das ganze Unternehmen erschüttert. Halt, nicht ganz, die Spracharbeit, der ganze Bereich des Deutschunterrichts, also zwei Drittel der gesamten Aktivitäten des Goethe-Institutes, sind von der Diskussion ausgenommen. Es geht immer nur um das letzte, das dritte Drittel, nämlich um die Programmarbeit. Warum ist das so? Es liegt daran, dass dieses dritte Drittel der Kulturvermittlung im engeren Sinne gewidmet ist und dass Kultur nicht ohne ein hohes Maß an innerer Freiheit und Verfügung über sich selbst zu haben ist. Das Programm ist der Teil in der Arbeit des Goethe-Institutes, der nach Prinzipien einer Intendanz bewältigt werden muss, und zwar auf jeder Ebene - in jedem Institut, in jedem Land, in jeder Region und in der Zentrale. Dieser Aufgabe stellt sich aber das Goethe-Institut nicht, jedenfalls nicht als Ganzes. Gewiss, in praktischer Hinsicht vor Ort muss es intendantische Entscheidungen geben, und sie werden wahrscheinlich auch jeden Tag in jedem Institut getroffen. Konzeptuell aber, auf die gesamte Organisation übergreifend, herrscht keine auch nur halbwegs klare Vorstellung von Arbeit und Zukunft im eigenen Unternehmen. Der letzte Generalsekretär, der dergleichen im Sinn hatte, war Joachim Sartorius in den späten 90er Jahren. Er hatte damals versucht, einen zunehmend soziologisch und pädagogisch gewordenen Begriff von der Kulturvermittlung wieder enger an das kulturelle Erbe und an die Hochkultur zu binden und scheiterte nicht zuletzt an den eigenen Leuten, die von Pisa und von der nunmehr allfälligen Verteidigung des Abendlandes selbstverständlich noch nichts ahnten. Um es sehr deutlich zu sagen, die Krise des Goethe-Institutes besteht in einem Ausweichen vor der Kultur. 40 Jahre lang, von den früher 50ern bis in die späten 80er Jahre, konnte sich das Goethe-Institut als Instanz der Kulturvermittlung über den Systemvergleich legitimieren. Gegenüber dem totalitären System, das der Bundesrepublik vorausgegangen war, und dem totalitären System, welches neben ihr existierte. Die Kultur der Bundesrepublik, das war Modernität, Toleranz, Republikanismus inklusive Klaus Staeck und Günter Grass. An die Stelle einer solchen Begründung ist nichts mehr getreten. Auf Seiten

des Goethe-Institutes liegt es vielleicht auch daran, dass ihm, zumindest an der Spitze, andere Dinge zurzeit wichtiger erscheinen. Vor allem ist es aber wohl so, dass das Goethe-Institut nach jetzt 50 Jahren Debatte so unsicher geworden ist, dass man fürchtet, durch auf einen auf irgendeine Art definierten Kulturbegriff den Unwillen der Öffentlichkeit, der Politik oder auch des AA auf sich zu ziehen. Wie weit dieses Ausweichen vor dem Programm mittlerweile geht bemerkt man z.B. an der systematischen Missachtung der Beiräte, die doch eigens dafür geschaffen worden waren, das Goethe-Institut in Fragen des Programms mit programmatischem Expertenwissen zu unterstützen. Als der Beirat Literatur und Wissenschaft im vergangenen Herbst tagte, war nicht ein Mitglied des Vorstands anwesend, um den teilweise sehr weit reichenden Reflexionen der Beiräte zuzuhören. Und der Auftraggeber kann in diesen Angelegenheiten keine Stütze sein. Das Goethe-Institut ist eine selbständige Institution, und es gibt keine programmatischen Vorarbeiten für die auswärtige Kulturarbeit, abgesehen vielleicht von ein paar Formeln, wie die Bedeutung von Kultur und Dialog für die Verständigung der Völker im Allgemeinen und die Menschenrechte im Besonderen. Auch die jüngste Initiative des Goethe-Institutes, die so genannte Umstrukturierung des Netzwerkes, ist keine konzeptionelle Angelegenheit, sondern ein immer noch unklarer Versuch, einem Programm zu entkommen. Dieses Mal, indem man Evidenzen der politischen und ökonomischen Landkarte auf die Kultur zu übertragen trachtet. Mit anderen Worten, die neue Orientierung auf den Nahen Osten und Ostasien ist nur die jüngste Variante des Ausweichens vor der Kultur. Da hat sich jemand die veränderte Flagge der Bundesrepublik in der Welt angesehen, da ist über Internationalisierung und Globalisierung und über neue politische und ökonomischen Zentren nachgedacht worden und herausgekommen ist ein Blick, der im Wesentlichen dem Zoomen im Google Earth gleicht. Indem das Auge zuerst über den ganzen Globus sieht und dann den Kontinent und bis es am Ende in ein Haus oder in ein Stadion hineinfährt. Dieser Blick mag in der Politik oder in der Wirtschaft seine Berechtigung haben. Wenn es um die Vermittlung von Kultur geht, muss zum Blick von oben herunter auch der Blick von unten hinauf kommen. Vom Haus auf die Region, von der Region auf das Land, vom Land auf die Nachbarn, von den Nachbarn auf Europa und von Europa auf die Welt. Kulturvermittlung braucht eine Doppelperspektive. Nur dann und nur so lassen sich räumliche, intellektuelle, mentale Verknüpfungen erkennen, nur dann schärft sich der Blick für die gemeinsame Geschichte der Deutschen und der Balten im 18. Jahrhundert, nur dann lassen sich parallele Entwicklungen der Entvölkerung alter Kulturregionen ermitteln, wie in Thüringen oder Burgund, nur dann lässt sich ermessen, wieviel die Literatur der 90er Jahre dem Prinzip der Shortcuts verdankt. Es reicht in der Kulturvermittlung nicht aus, den Blickwinkel der globalisierten Welt auf die eigene Kultur zu übertragen. So subsumiert man sie der Weltpolitik. So verrät man sie. Man stelle sich vor, das Goethe-Institut in Peking, eines von dreien, die jetzt in China existieren, neben dem Kulturin-

stitut von Großbritannien, von Frankreich, von Spanien, von Italien, von Schweden – das alles in einem Land von mehr als einer Milliarde Einwohnern, größer als ganz Europa. Was immer man dort auch tut, es wird in China viel weniger Gewicht haben, als alles, was man in Europa tun würde, und sei es auch nur mit einem Bruchteil der Mittel. In Indien soll das Engagement des Goethe-Instituts in den kommenden Jahren um die Hälfte verstärkt werden. Was wird das dann sein? Statt einem Tropfen im Meer zwei Tropfen im Meer? Die so genannte Umstrukturierung der Netzwerke zu Gunsten des Engagements im Nahen Osten und in Ostasien sind eine problematische Angelegenheit, so lange sie auf Kosten von irgendetwas anderem gehen. Hätte man ernsthaft vor, diese beiden Weltregionen nur mit einem kleinen Teil ihrer intellektuellen Eliten der deutschen Kultur gewogen zu machen, bräuchte man dafür ein mindestens doppelt so großes Goethe-Institut. Aber das will man ja nicht, oder man will es nur in zweiter Linie. Man braucht den Fernen Osten als Programmersatz, man braucht ihn, weil man nicht oder nicht mehr in der Lage ist, sich als selbstverständlichen Teil eines Teils der Welt zu begreifen, weil man nicht mehr in der Lage ist, von der eigenen Kultur zu erzählen. Stattdessen redet man dann in Peking oder Djakarta über Interkulturalität und internationale Netzwerke und bereitet so die nächste substantielle Krise des Goethe-Institutes vor. Das in der Debatte immer wieder angeführte Argument, fast die Hälfte der Mittel, die dem Goethe-Institut insgesamt für seine Arbeit im Ausland zur Verfügung stünden, fließen in die Unternehmungen Alt-europa. Weswegen nun Gelder in den Nahen Osten und nach Ostasien umgeleitet werden müssen, ist ein Argument der entfesselten Buchhaltung. Damit Sie mich nicht falsch verstehen, es ist nichts, gar nichts, gegen eine Verstärkung der Aktivitäten im Fernen Osten zu sagen. Sehr verfehlt hingegen ist es, Europa gegen Asien aufzurechnen. Wenn man wirklich auswärtige Kulturpolitik im Weltmaßstab betreiben will, muss es dafür auch Mittel im Weltmaßstab geben. Alles andere ist unehrlich und kleinmütig. Denn alles andere bedeutet Abwertung Europas und es bedeutet Abwertung des eigenen Landes. Das alles hat aber mit Kulturvermittlung nichts zu tun. Dazu noch drei Gründe: erstens, die jetzige Infrastruktur des Goethe-Institutes ist das Produkt von über 50 Jahren mehr oder minder erfolgreicher Arbeit. Wenn Sie ausländische Intellektuelle, Künstler, Lehrer, Journalisten, Professoren oder wen auch immer für die deutsche Kultur interessieren oder gewinnen wollen, dann werden Sie mit einer großen Konferenz, einer spektakulären Ausstellung oder einem künstlerischen Großauftritt mit entsprechender medialer Präsenz nur bedingten Erfolg haben. Gelingende Kulturvermittlung setzt Vertrauen, Tradition und ein gewisses Maß an Großzügigkeit voraus. Es kann nicht angehen, dass die Früchte einer langjährigen Arbeit in Europa preisgegeben werden, damit auf anderen Kontinenten in Unternehmungen investiert werden kann, bei denen man nicht einmal auf mittlere Sicht zu wissen vermag, ob das Engagement überhaupt honoriert werden wird.

Zweitens, es ist eine Sache, wenn eine Weltgegend oder ein Staat aus außenpolitischen oder ökonomischen Gründen als Schwerpunktregion identifiziert wird. Es ist eine andere Sache, sich zu überlegen, warum, mit welchen Stoffen und mit welchen Anliegen man sich als Institution der Kulturvermittlung in solche Gegenden begibt. Wenn die Präsidentin des Goethe-Institutes davon spricht, man wolle es in Regionen, die den europäischen Kulturen eher fern stünden, zunächst einmal mit Tanz versuchen, oder wenn das, was von einem neuen Engagement des Goethe-Institutes in diesen Gegenden sichtbar wird, hauptsächlich in großen Konferenzen und Kuratorenworkshops besteht, dann haben kulturpolitische Überlegungen die Vermittlung von Kultur ersetzt. Und der Kulturvermittlungsbetrieb mit all seiner Künstlichkeit, Aufgeregtheit und Folgenlosigkeit ist an die Stelle einer kulturellen Infrastruktur getreten.

Drittens, um beurteilen zu können, wie und in welchem Umfang das Goethe-Institut an einzelnen Orten präsent sein muss, braucht man eine Vorstellung von dem, was Kulturarbeit ist. Eine Bibliothek besteht aus mehr als nur zehn- oder zwanzigtausend Büchern. Zu einer Bibliothek gehört eine Bibliothekarin oder ein Bibliothekar, eine Auswahl, eine Präsentation, eine Präsenz von Büchern, was dazu führt, dass es auf der ganzen Welt keine germanistische Universitätsbibliothek gibt, die eine funktionierende Bibliothek in einem Goethe-Institut ersetzen könnte. Als vor einigen Jahren die Bibliothek des Goethe-Institutes in Montreal geschlossen wurde, beendete man auch mit einem einzigen Schlag den bis dahin bestehenden außerordentlich erfolgreichen Austausch zwischen Schriftstellern und Theaterschaffenden in Quebec und in Deutschland. Und um noch auf ein sehr junges, sehr bekanntes Beispiel, nämlich auf Kopenhagen zurückzukommen: wenn Bundesaußenminister Steinmeier sagt, es sei ja vielleicht nicht so schlimm, wenn das dortige Institut von einer Fläche von 500 qm auf eine Fläche von 300 qm reduziert wird, dann hat er damit vielleicht formal Recht. Tatsächlich aber bedeutet diese Verkleinerung, dass das dortige Goethe-Institut keine funktionierende Bibliothek und keinen eigenen Saal mehr haben wird. Und das bedeutet wiederum, dass ihm die Möglichkeit genommen wird, die Kultur, die es vermitteln soll, auch selbst zu schaffen, selbst zu präsentieren, selbst Kultur zu sein. Das Argument des Bundesaußenministers ist daher etwa so plausibel, als würde einer behaupten, es sei doch nicht so schlimm, wenn das deutsche Gymnasium statt wie bisher neun nunmehr sechs Klassenstufen umfassen würde.

Es gibt innerhalb des Goethe-Institutes viel zu tun. Die vergangenen 15 Jahre, die dauernden Debatten haben Schäden angerichtet, bei denen man gar nicht weiß, wie man sie reparieren soll. Dazu gehört in erster Linie eine lähmende Bürokratisierung des gesamten Betriebes. Eine Bürokratisierung, die einerseits geschaffen wurde, um dem ins Kraut schießenden Eigensinn einzelner Institutsleiter zumindest so viel Ordnung zu verleihen, dass keine finanziellen Katastrophen mehr dabei herauskommen, die andererseits aber geschaffen wurde, um dem erhöhten Legitimationsdruck des

Geldgebers wenigstens ein paar Exceltabellen entgegensetzen zu können. Entstanden sind daraus Gespensterinstitute wie das in Paris – groß, teuer, gut ausgestattet, aber hässlich und falsch gelegen und in der intellektuellen, der künstlerischen und der akademischen Welt der französischen Hauptstadt so gut wie wirkungslos. Oder das Gespenst des Institutes in Palermo, dem seit über zehn Jahren die Existenzfrage so nachhaltig gestellt wird, dass es sich mittlerweile selbst zerstört. Wollte man das Goethe-Institut erneuern, wollte man wirklich neu aufbrechen, so müsste man hier anfangen – unbürokratisch, mit gebildeten, weltläufigen Leuten, mit Menschen, die sich in ihrer Kultur auskennen und die ein leidenschaftliches Verhältnis zu ihrer Kultur haben. Dann, und nur dann wird man eines Tages auch im Fernen Osten erfolgreich sein. Danke schön.

Dr. Heinrich Wefing: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Sachverständige! Zunächst darf ich mich ganz herzlich für die Einladung zu der heutigen Anhörung bedanken. Da Ihnen allen, so hoffe ich, meine schriftliche Stellungnahme vorliegt, möchte ich auf diese verweisen und die mir zur Verfügung stehende knappe Zeit nutzen, Ihnen, abweichend von meinem vorbereiteten Text, von einer Veranstaltung des Goethe-Instituts in München zu berichten, an der teilzunehmen ich vor einiger Zeit das Vergnügen hatte. Auf Einladung des Goethe-Institutes waren ungefähr 20 Gäste aus dem Irak nach München gekommen. Mittlere Beamte des Kulturministeriums in Bagdad, Mitarbeiter von Bibliotheken, Museen, Vertreter lokaler Kulturinitiativen. Das Treffen, dem mehrere ähnliche Begegnungen in Beirut bzw. Damaskus vorangegangen waren, diente wohl dem gegenseitigen Kennenlernen, der Präsentation der Ressourcen des Goethe-Instituts und mutmaßlich eher mittelfristig der Vorbereitung der Eröffnung eines Goethe-Instituts in Bagdad, die erfolgen soll, sobald die Sicherheitslage es zulässt. Repräsentanten der Münchner Zentrale schilderten, was das Goethe-Institut ist, wie es arbeitet, was es zu bieten hat. Die Besucher aus dem Irak stellten ihre Pläne und Projekte vor, vor allem aber formulierten sie ihre Hoffnungen und Erwartungen an das Goethe-Institut. Dabei wurde recht schnell deutlich, dass die Gäste aus dem Irak wenig Interesse an einem abstrakten Dialog über westliche und muslimische Werte haben, dass sie vielmehr eine lange Liste eher bescheidener, aber sehr konkreter Wünsche mitgebracht hatten.

Sie baten ihre deutschen Gesprächspartner beispielsweise um Vorschläge zur Organisation einer modernen Kulturverwaltung oder eines zeitgemäßen Verlagswesens, um eine Blaupause zum Aufbau eines Leihbibliotheksystems oder um eine Liste von Werken der westlichen Literatur, der deutschen Literatur, die zum Übersetzen ins Arabische lohnend sein könnten. Während eines kleinen Empfanges im Anschluss an die Gesprächsrunde machten die Iraker im persönlichen Gespräch noch wesentlich deutlicher, dass sie große Hoffnungen auf das Goethe-Institut und auf Deutsch-

land setzen. Die Amerikaner, die Briten, auch die Franzosen seien in Bagdad aktiv, auch im Kulturbereich, aber man zögere, deren Hilfe anzunehmen und zöge es vor, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Der deutschen Haltung im jüngsten Irakkrieg wegen, aber auch in Erinnerung an die traditionell guten Beziehungen zwischen Bagdad und Berlin. Dieses Lob auf die Gastgeber mag Ausdruck routinierter Höflichkeit oder Taktik gewesen sein, das kann ich nicht ausschließen, aber die Vehemenz, mit der der Wunsch nach Anregung und Unterstützung formuliert wurde, hatte durchaus etwas Überzeugendes. Meine Damen und Herren, ich schildere Ihnen diese Begebenheiten nicht nur als Ausschnitt der Arbeit des Goethe-Instituts, der mir bekannt geworden ist in meiner Arbeit als Feuilleton-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Wichtiger ist mir noch ein anderer Gedanke: viel ist in den vergangenen Wochen geschrieben, zum Teil auch gespottet worden, über die friedensstiftenden Ambitionen des Goethe-Instituts in den Krisenregionen des Mittleren Ostens. Tatsächlich, das war auch mein Eindruck, haben sich die Verantwortlichen in München da gelegentlich viel, wahrscheinlich zu viel vorgenommen. Das Goethe-Institut kann nicht in Konkurrenz treten mit der Arbeit der Stiftungen und der Parteien im Ausland, um nur einen anderen Zweig der Auswärtigen Kulturpolitik zu nennen. Aber die Begegnungen mit den Irakern in München, von denen ich Ihnen nur knapp berichtet habe, hat bei mir den sehr deutlichen Eindruck hinterlassen, dass es im Irak, aber auch in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, kulturpolitische Aufgaben gibt, die umstandslos zum klassischen Tätigkeitsfeld des Goethe-Instituts zu zählen sind und die ohne jeden Zweifel im deutschen Interesse liegen würden.

Noch einmal: es geht nicht um wolkige Wertedebatten, auch nicht um unverbindliche Symposien, die nichts produzieren als Reisekosten, sondern um praktische Kulturpolitik. Übersetzung, Beschaffung westlicher Literatur in arabischer Sprache. Beratung im Bibliothekswesen, im Museumsbereich, bei der Musikerziehung. Hier ist ein weites Tätigkeitsfeld für das Goethe-Institut und es ist meine sichere Überzeugung, dass ein solches Engagement des Goethe-Instituts unschwer in Deckung zu bringen ist durch die originär politischen Ziele in deutscher Außenpolitik in dieser Region. Es wäre jedoch fatal, wenn weiterhin, wie in den vergangenen Wochen, diese Aufgaben gegen das Engagement von Goethe in Europa ausgespielt werden würden. Ein innerer Kannibalismus ist das letzte, was das Goethe-Institut braucht. Welch verheerende Folgen eine solche Aussicht für die innere Stimmung des Hauses wie für dessen öffentliches Ansehen hatte, haben die vergangenen Wochen drastisch gezeigt. Neue Institute nur eröffnen zu können, wenn anderswo bestehende Institute geschlossen werden, ist eine Scheinalternative, die in der weiteren Debatte auch als solche benannt werden sollte. Auswärtige Kulturpolitik, das ist schon erwähnt worden, ist kein Nullsummenspiel, sondern eine Investition in die Zukunft der Bundesrepublik. Das Goethe-Institut und die anderen Mittlerorganisationen finanziell, personell und strate-

gisch in die Lage zu versetzen, sich auf weltweite Veränderungen einzustellen und in ihrer Arbeit auf die neuen Erfordernisse zu reagieren, ist kein Luxus, keine cremiges Sahnehäubchen auf dem Graubrot der Außenpolitik, es liegt vielmehr im nationalen Interesse. Angesichts der Ausgaben in anderen Bereichen der öffentlichen Haushalte ist das strukturelle Defizit des Goethe-Instituts, so wie es von der Leitung des Instituts derzeit angegeben wird, mit sieben bis elf Millionen Euro im Jahr geradezu lächerlich gering. Der Neubau des Bundesnachrichtendienstes hier in Berlin wird 870 Mio. Euro kosten. Für das geplante neue eisbrechende Forschungsbohrschiff „Aurora Borealis“ des Alfred Wegener-Instituts hat der Wissenschaftsrat unlängst immerhin 355 Mio. Euro gefordert. Es scheint mit ein Grundübel der Kulturpolitik zu sein, dass sich ihre Akteure in einer Art vorauseilender Unterwürfigkeit stets mit Summen abspesen lassen, für die Landwirtschaftslobbyisten oder Wissenschaftspolitiker kaum mehr als ein müdes Lächeln übrig hätten. Meine Damen und Herren, es wäre daher meine Empfehlung - und ich bin mir darüber im klaren, dass sich das als Außenstehender leichter fordern lässt, als in der praktischen Politik umzusetzen -, es wäre meine dringende Empfehlung, die Mittel für das Goethe-Institut nicht nur nicht weiter zu senken, sondern sie im Gegenteil zu erhöhen. Und es wäre die vornehme Aufgabe dieses Ausschusses, des Auswärtigen Ausschusses wie des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, im Parlament diese Trendumkehr bei der Ausstattung des Goethe-Institutes herbeizuführen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir machen jetzt eine kurze Pause von fünf Minuten und werden dann mit der Befragung durch die einzelnen Kollegen beginnen.

Sitzungsunterbrechung von bis Uhr.

Der Vorsitzende: Darf ich bitten, die Plätze wieder einzunehmen? Dann setzen wir die Sitzung des Unterausschusses fort. Zum Ablauf der Anhörung habe ich Ihnen schon zum Eingang gesagt, dass wir jetzt mit einer Fragerunde der Fraktionen beginnen und ich würde dann nach dieser Fragerunde ohne irgendwelche Fraktionsabfolgen die Damen und Herren Ausschussmitglieder bitten, ihre Fragen zu stellen. Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Griefahn.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Vielen Dank an die Sachverständigen, dass Sie erstens sich die Mühe gemacht haben, uns vorab schon was zu schicken. Das war dann ganz spannend, einfach zu lesen, so sich einzustimmen in Ihre Gedanken. Einige konnte man ja vorher lesen, gerade die beiden Herren Journalisten, die man ja ein bisschen öfter lesen konnte. Aber die anderen nicht so. Wir sind ja, also zumindest ich kann für mich sagen, bin jetzt seit sieben Jahren sozusagen immer in dem Versuch, das Goethe-Institut mit zu unterstützen und voranzubringen. Was mich beson-

ders beeindruckt hat, war eigentlich Ihre übereinstimmende Position, dass die Netzwerke bzw. die Strukturen, die es vor Ort gibt - und ich würde das jetzt durchaus auch Netzwerke nennen -, also dass die jetzt nicht sozusagen losgelöst sind von Instituten, sondern vorhanden sind bei den Botschaften. Und das fand ich eigentlich besonders interessant von dem Herrn Botschafter, dass er es selber gesagt hat, dass es ja praktisch neben den Botschaften eben ein anderes Konstrukt von Netzwerken gibt, dass das eben so wertvoll ist und dass das auch so eine Wertschätzung genießt. Die Frage, die sich für mich stellt und deswegen auch an den Herrn Botschafter, der ja, wir haben da auch öfter drüber gesprochen früher, auch gesagt hat, man muss sich wirklich klar entscheiden, dass wir präsent sein müssen und gerade in der globalisierten Welt präsent sein müssen. Das kam ja auch von Anderen zum Ausdruck. Sie kennen ja die Irrungen und Wirrungen. Würden Sie auch praktische Elemente vorschlagen? Wie beurteilen Sie zum Beispiel das Instrument, was wir ja auch seit Jahren diskutieren, der Budgetierung? Würde es dabei helfen, wenn man sagt: wir diskutieren nicht mehr um Schließung oder Öffnung, sondern wir diskutieren darüber, dass jedes Land da eine gewisse Summe Geld bekommt, zur Verfügung steht und dann seht ihr zu, dass ihr das hinbekommt und dass ihr auch diese Präsenz und diese Netzwerke in den Strukturen außerhalb von Botschaften erhaltet. Aber wir machen eine Zusammenarbeit, dass man bestimmte strukturelle Elemente auch mitnutzen kann. Und die zweite Frage, die ich gleich anschließen will, die deswegen strukturell vielleicht sich auch anschließt an Herrn Prof. Dr. Schneider: ich habe mit großem Interesse Ihre Bewertung gelesen über Abbauländer und Aufbauländer und war etwas überrascht. Denn wenn man ein Kriterium nehmen würde - also ich würde jetzt mal sagen, ein Kriterium ist, wir wollen auch Deutsch erhalten. Das hat Herr Steinfeld auch sehr deutlich gemacht, das wird gar nicht in Frage gestellt. Diese Zweidrittelarbeit müsste man nicht als ein Kriterium nehmen. Länder, in denen Deutsch eine wichtige Grundlage ist, muss man die nicht pflegen, damit da nicht Deutsch von Englisch verdrängt wird? Herr Nordenskjöld hat da sehr deutlich gemacht, dass da harte Arbeit notwendig ist, dass dieser Verdrängungsprozess nicht erfolgt. Da wundern mich so ein paar von Ihren Ausbau- und Abbauländern. Also die Diskussion Vereinigte Staaten kann ich sehr gut nachvollziehen, aber warum gerade zum Beispiel Malta oder Zypern? Und auf der anderen Seite Abbauländer, wo wir eigentlich Deutschbezug haben, so etwas wie Russland, Weißrussland oder Georgien, da habe ich mich ein bisschen darüber gewundert. Wenn man also das mit als Kriterium betrachten würde. Also vielleicht erstmal die beiden, ich würde mich dann nachher auch noch mal melden, damit möglichst viele Kollegen noch die Gelegenheit zur Fragenstellung bekommen. Danke schön, Herr Vorsitzender.

Prof. Dr. Gerald Schneider: Zur ersten Frage, warum nicht die Zahl der Deutschsprechenden in den jeweiligen Partnerländern berücksichtigt wird. Das habe ich in

einer früheren Studie gemacht. Da haben wir auch noch als zusätzlichen Indikator die Zahl der Ausländer mit einem bestimmten Hintergrund in Deutschland berücksichtigt. Es war mir schlicht innerhalb eines Monats, also seit der Einladung und dem Zeitpunkt, wo ich das abliefern musste, nicht möglich, diese Daten zusammenzusammeln und das noch auszuweisen. Diese Berechnungen sind hier auch nur als Indiz zu werten. Das sind keine festen Größen, aber es zeigt eben doch auch deutlich, wie Sie selber festgehalten haben, dass in bestimmten Ländern, wo man das letzte Mal abgebaut hat, eigentlich durchaus Bedarf bestehen würde. Warum dieses Ungleichgewicht? Zypern gehört zu den Ländern, die das letzte Mal abgebaut wurden. Aber warum Russland und die Ukraine? Das zeigt eben ganz deutlich, dass hier bei den Standortentscheidungen bzw. der Mitarbeiter im Zentrum noch andere Gründe mit reinkommen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass hier natürlich die Attraktivität eines Landes eine Rolle spielen kann, es kann historische Gründe haben. Aber es geht dann immer zu Lasten von anderen Ländern. Sie finden in der Region Länder, Tadschikistan beispielsweise oder Turkmenistan, die eine gewisse Aufmerksamkeit verdienen würden, natürlich gerade auch unter dem Gesichtspunkt, erweiterter Mittlerer Osten und den politischen Problemen, die damit verknüpft sind, auch wenn das natürlich bestritten wurde. Aber eben wenn man keine globale Perspektive hat, können solche Länder aus dem Blickwinkel geraten.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Meine Frage ist mehr eine inhaltliche Frage. Ich möchte die nachher an Herrn Steinfeld stellen, aber vorher noch mal diese Strukturfrage zur Budgetierung. Wie hoch, Herr Nordenskjöld, schätzen Sie denn überhaupt mögliche Effizienzgewinne dadurch ein? Ich möchte die Frage noch mal zuspitzen: Ich kann mich an die Naumannsche Polemik erinnern, der immer sagte, wenn die Mitarbeiter des Goethe-Institutes auf diese Auslandszulagen, auf diesen diplomatischen, halbdiplomatischen Status verzichteten; ja, wenn man vielleicht sogar die Loslösung vom öffentlichen Dienstarif hinbekäme, dann wäre doch viel mehr an Projektmitteln gewonnen. Ist das überhaupt im Auslandseinsatz deutscher Mitarbeiter vorstellbar? Sie kommen aus dem Dienst oder ist das zu radikal und in unserer Struktur, so wie sie heute steht, nicht denkbar? Und daran schließt sich eine Frage an – ich weiß nicht ob Sie oder Herr Prof. Schneider die besser beantworten können. Herr Steinfeld hat eben, wie ich finde, ganz gut das Wort Intendantenprinzip hier eingeführt. Wenn wir von Budgetierung sprechen, meinen wir immer erst nur den einzelnen Kreislauf einzelner Institute oder Länder. Aber ist das denkbar als Gesamtmodell für das gesamte Goethe-Institut mit einem starken Intendanten oder wie auch immer - ich bleibe jetzt nur mal bei Ihrer Wortwahl - hier in Deutschland? Das bedeutet allerdings dann natürlich auch eine wesentlich geringere Detailsteuerung durch das Auswärtige Amt als das im Moment der Fall ist. Kameralistik weg und andere Tarifstrukturen. Wie gesagt, sehr weit gedacht, aber vielleicht noch der bessere

Schritt als die einzelnen Institute zu budgetieren. Ich glaube, dass die Fragen an diesen beiden Stellen richtig platziert sind. Ich hätte nur noch eine inhaltliche Frage, weil wir auch über Institutschließung sprechen. Jede Schließung wäre ein Scheitern, auch der Politik, glaube ich. Und wenn wir hier schon von Palermo sprechen, was sich selber überflüssig macht oder das hässliche Institut in Paris, dann klingt das ja trotzdem an. Wir alle sind, glaube ich, einer Meinung, dass man nicht Europa gegen neue Regionen in Asien oder wo auch immer ausspielen darf und sollte, und dass es aus guten Gründen hier die Konzentration gibt. Auch wenn man zum Beispiel sieht, wo Deutsch gesprochen wird und die deutsche Sprache auch noch erworben wird. Sie sprechen von ein bis zwei Tropfen im Meer, wenn man denn in Indien oder in China beispielsweise ein Institut aufmachte. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie der Meinung sind: lässt das ganz bleiben oder macht es, wenn, dann richtig und richtig groß, das heißt mit mehr Finanzbedarf?

Dr. Thomas Steinfeld: Ja, ja.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Ja gut, okay.

Dr. Thomas Steinfeld: Also darf ich das beantworten, weil das eine inhaltliche Frage ist. Ja, es ist eine Entscheidung, in welchem Maßstab man operieren will und man kann nicht mit einem kleinen, auf beschränkte Verhältnisse operierenden Institut auf einmal globale Aufgaben ausrichten. Dafür braucht man eine andere Ausrüstung. Und dazu fehlen der Wille und das Geld.

Prof. Dr. Gerald Schneider: Ja, natürlich liebe ich das Intendantenprinzip als Universitätsprofessor, der natürlich immer nach Autonomie ruft und gleichzeitig immer die Gängelung durch die Politik sieht. Aber größere Autonomie würde natürlich eben auch bedeuten, dass diese Intendanten verantwortlich wären und dass sie einen Leistungsbericht abliefern müssten oder sonst irgendein Bericht vorhanden sein muss, nach einer wiederkehrender Zeit, in dem sie nachweisen, was sie in dieser Zeit geleistet haben. Und das wird eben dazu führen, dass das auch Konsequenzen haben sollte. Am schlimmsten wäre, dass man auf rhetorischer Ebene sagen würde: „Wir geben euch nur mehr Autonomie, aber auf Verordnungswegen oder sonst wie. Gängelt man dann die Institute in dem Ausmaß, wie man es macht, teilweise schon tut.“

Abg. Harald Leibrecht (FDP): Vielen Dank auch den Sachverständigen noch mal für ihre Vorträge. Ich glaube, bei Budgetierung ist weniger das Resultat, dass man Geld spart, sondern dass man mit dem Geld, dass man zur Verfügung hat, vielleicht das Größtmögliche und das Optimum schaffen kann. Vor allem auch Transparenz, dass klar ist, wofür die Ausgaben getätigt werden und hoffentlich genug Finanzen, um neue Spielräume auch zu schaffen. Also dass man neue Prioritäten setzt pro Goe-

the-Institut. Wir haben aber natürlich das Problem oder das Dilemma, dass das Geld sehr limitiert ist. Und wir sind gerade dran mit dem Auswärtigen Amt, jetzt über einen Antrag, dass man mit der Budgetierung schneller vorankommt. Ich glaube schon, dass es eine sinnvolle Sache ist, aber die Gefahr besteht natürlich immer darin, dass am Ende auch das Geld, das man zur Budgetierung bekommt, auch nicht reicht. Deshalb muss natürlich das Goethe-Institut umdenken und ich bin schon der Meinung, dass wir auch neue „Märkte“ erschließen müssen. Im Auswärtigen Ausschuss - und da kommt viel nach China, nach Indien, aber auch Iran und überall - gibt es Menschen, die sehr an Deutschland interessiert sind, an unserer Kultur, und die eben viel zu wenig Zugang haben zu diesen Einrichtungen. Also die sind richtig heiß darauf, dass man mehr über uns auch erfährt. Und es findet zu wenig statt. Aber ich denke schon, dass wir auch über neue Kooperationsmöglichkeiten nachdenken müssen. Ich habe hier zum Beispiel an Herrn Dürr die Frage: wo gibt es Möglichkeiten, dass auch die Wirtschaft, die Industrie, mehr einbringt, dass, wenn Goethe-Institute in neuen Regionen stattfinden sollten, zum Beispiel in China, wo ja sehr viel deutsche, vor allem auch mittelständische Firmen jetzt auch sich ansiedeln. Welche Möglichkeiten gibt es zum Beispiel? Oder auch zum Beispiel Mithilfe beim Management oder beim Türöffnen neue Kontakte herstellen. Ich glaube, hier könnte auch von Seiten der Industrie sehr viel stattfinden. Ich stimme auch zu, dass man - Herr Botschafter Nordenskjöld hat es, glaube ich, vorher gesagt, wegen der Quasi-Beamtung der Mitarbeiter. Ich glaube, das schränkt das Goethe-Institut auch sehr stark ein. Eine gewisse Leistungsorientierung sollte auch dort stattfinden. Und wenn man eben sieht, dass es Mitarbeiter gibt, die vielleicht nicht mehr so die Ideen auch entwickeln, um das Goethe-Institut auch voranzubringen, um auch mehr Menschen für die Arbeit zu begeistern und vielleicht andere das besser können, dann muss man hier tatsächlich Flexibilität und die Möglichkeit haben, vielleicht auch mal Personal auszutauschen. Herr Breinersdorfer, Sie haben wenig dazu gesagt, wo Sie Einsparmöglichkeiten sehen. Das war jetzt vielleicht auch nicht direkt die Fragestellung. Aber es ist natürlich schon einfach zu sagen, wir brauchen mehr Ausgaben oder wir müssen anders gewichten. Aber es ist natürlich schon die Frage, wenn das Geld nicht da ist, wie können wir es machen? Ich denke jetzt dran, Sie haben einen tollen Film gemacht. Aber da gibt es ja immer auch natürlich wirtschaftliche Zwänge. Das gefällt mir auch nicht und wir kritisieren es auch sehr stark, aber tatsächlich können wir nur mit diesem Geld wirtschaften, das wir haben und deshalb müssen wir uns fragen, wo können wir einsparen. Herr Ottomeyer, noch eine Frage, Sie hatten zum Thema Sprachangebot was gesagt. Natürlich sind die Deutschkurse für das Goethe-Institut eine ganz wichtige Einnahmequelle. Das sehe ich auch ein. Aber ich habe jetzt doch in ziemlich vielen Städten immer wieder gehört, dass das Goethe-Institut auch Konkurrenz ist zu privaten Unternehmen, die es vor Ort eigentlich genauso gut machen, die aber vielleicht nicht ganz so billig anbieten können, weil sie eben nicht, ich sag

mal, staatlich subventioniert sind. Also die Deutschkurse, vielleicht habe ich auch falsche Informationen, aber wenn das Goethe-Institut natürlich den gleichen Deutschkurs günstiger anbieten kann, weil sie vielleicht nicht ganz so dem Wirtschafts- und Konkurrenzkampf ausgeliefert sind, ist es natürlich schon klar. Also das wird schon auch immer mal kritisiert. Es ist, finde ich, trotzdem gut, dass das Goethe-Institut sich Gedanken darüber macht, wie man auch refinanzieren kann, also nicht nur Steuermittel nehmen, sondern durchaus auch mal sagen kann, wir haben hier selber Ideen. Aber ich glaube, gerade was Deutschkurse betrifft, sollten wir nicht unbedingt Deutschkurse in Heidelberg anbieten, wo wir schon eine Menge Deutschschulen haben, sondern vielleicht auch Deutschkurse in Ländern, wo eben der Privatanbieter auch noch nicht da ist, wo auch ein gewisser Markt da ist und wo es auch wichtig wäre, dass die Menschen die deutsche Sprache lernen. Ich hätte nachher vielleicht noch ein paar Fragen. Ich belasse es mal hierbei. Danke schön.

Heinz Dürr: Ich kann mir absolut vorstellen, dass Unternehmen zur Kooperation, bereit sind. Die Frage ist, ob das das Goethe-Institut will. Ob sich die Damen und Herren nicht für zu vornehm halten, um mit der Wirtschaft in diesen Niederungen der Einnahmen und Ausgabenrechnung, also in Gewinne und Verluste usw. zu gehen. Wenn das der Fall ist, dann müsste man allerdings die Satzung erweitern, dann heißt es nicht nur Kultur, sondern dann heißt es auch außenwirtschaftliche Beziehungen zu gestalten und darum geht es. Zunächst muss diese Grundbarriere beseitigt werden. Und dann muss ich sagen, was will das Goethe-Institut? Ich hab ja gesagt, Sanierungsfall, die Herren haben gleich von einer Krise gesprochen. Also Sanierungsfall setzt nicht die Krise unbedingt voraus, in meiner Definition. Aber sie schwebt am Horizont, die Krise. Also wir haben eine Krise und wir unterhalten uns jetzt über Details, ob die Budgetierung was bringt oder nicht. Ich sehe das viel kritischer. Ob das Goethe-Institut jedes Jahr abschmilzt und irgendwann sagt man, „Moment mal, die Friedrich-Ebert-Stiftung, wir haben doch auch noch die Konrad-Adenauer-Stiftung, den DAAD usw. Was machen wir denn da eigentlich und mit den Lebenszeitbeamten?“ Ich kenne die Diskussion sehr gut aus meinen ganzen Diskussionen damals bei der Bahnreform, als es auch um Beamte und Geld und Konzept ging. Ich glaube, wenn Sie die Gesellschaft insgesamt gewinnen wollen für das Goethe-Institut, nicht nur die Kulturexperten, die hier sitzen, die das alle ganz toll finden und die ja auch hin und wieder mal einen Vortrag halten dürfen und Evaluationen machen und Aufträge kriegen usw. Wenn Sie die Gesellschaft insgesamt nehmen, dann müssen Sie sagen, was will das Goethe-Institut. Wenn da steht „ein friedensstiftendes Instrument par excellence“, dann fange ich als Wirtschaftler damit wenig an. Frau Limbach, stellen Sie doch ein Konzept auf, einfach und deutlich, und wir alle sagen, das ist toll, das brauchen wir, denn wir müssen die deutsche Kultur in die Welt hinaustragen. Wenn Sie dieses Konzept haben, dann müssen Sie sagen: Wenn alle Leute sagen:

„Jawohl, das will ich,, dann müssen Sie sagen, „dafür brauche ich so und soviel Geld.“ Und dann kommt großer Aufschrei und dann sagen Siealso, meine Herren, hier wurden mal Größenordnungen genannt. Transrapid: Soll der deutsche Steuerzahler 300 Mio. geben, dass Siemens und Thyssen das Geschäft machen? Oder nehmen Sie mal die Regionalisierungsmittel vom Nahverkehr, das sind sieben Mrd. pro Jahr. Wenn da 0,1 Prozent weggenommen werden, das sind sieben Mio., merkt das keiner. Also da müssen eine andere Diskussion und eine andere Gewichtung kommen. Und das müssen Sie als Präsidentin oder Ihr Geschäftsführer aber ich glaube, Sie können das ja besser, weil Sie eine politische Figur sind. Sie müssen sagen: „Gut das will ich und wenn ihr das nicht macht (nach gewisser Diskussion), dann müsst ihr euch jemand anderes suchen.“ Also, so einfach würde ich das aufstellen. Und aus meiner Erfahrung im politischen Leben, so geht das. Anders geht das nicht, weil die Goethe-Institute in einer fundamentalen Diskussion über ihre Krise sind. Ich habe nicht umsonst gesagt „Sanierungsfall“. Entschuldigung, das ist etwas weitergegangen, aber das war die Voraussetzung, dass die Wirtschaft da mitmacht. Und die bringen die sieben Mio. auf, das dürfte kein Problem sein.

Der Vorsitzende: Jetzt habe ich mir Herr Leibrecht aus seinem Beitrag aufgeschrieben, noch Herrn Ottomeyer und Herrn Breinersdorfer und Herrn Dr. Steinfeld.

Dr. Thomas Steinfeld: Ich würde gern noch zu Herrn Dürr etwas sagen.

Der Vorsitzende: Ja bitte.

Dr. Thomas Steinfeld: Ich glaube tatsächlich, dass man die Frage der Angemessenheit des gesamten Engagements in der deutschen auswärtigen Kulturarbeit noch mal grundsätzlich stellen muss. Ich habe das kurz in dem Papier angerissen, das schriftlich vorliegt. Der Bereich der Kultur im weiteren Sinne ist, und da bin ich mir ziemlich sicher, der größte einzelne deutsche Wirtschaftszweig. Größer als die Automobilindustrie, größer als die Metallindustrie, größer als irgendein anderer Bereich. Sogar vielleicht als der öffentliche Dienst. Es gibt kein Land der Welt, das auch nur annähernd - und das hat viel zu tun mit der föderalen Struktur der Bundesrepublik - über eine solche kulturelle Infrastruktur verfügt. 150 Symphonieorchester! Professionell! In den ganzen Vereinigten Staaten gibt es ein Zehntel davon. Solche wunderbaren Institutionen wie Weimar, Wolfenbüttel, Marbach, nirgendwo in der Welt gibt es so etwas - und da habe ich von Volkshochschulen und Universitäten und den ganzen Museen überhaupt noch nicht angefangen. Und das Goethe-Institut hat eine immanente und völlig zweifellose Existenzberechtigung darin, dass dieser größte deutsche Wirtschaftszweig - jetzt argumentiere ich in den Linien von Herrn Dürr - eine angemessene Repräsentanz im Ausland braucht. Wir müssen das Zeug auch verkaufen. Das wollte ich sagen.

Der Vorsitzende: Aber jetzt kommt noch Herr Breinersdorfer, der ja zu Beginn unserer Anhörung schon die These in den Raum gestellt hat, dass Kultur der wichtigste Imageträger Deutschlands überhaupt ist. Bitte, Herr Breinersdorfer.

Dr. Fred Breinersdorfer: Ich möchte dem noch mal etwas hinzufügen, weil ich direkt auf den Film angesprochen worden bin von Herrn Leibrecht. Das ist ein gutes Beispiel. Wir hatten ein teilweise durch öffentliche Mittel, sprich Filmförderung-finanziertes Budget von 2,6 Mio. Euro gehabt und haben festgestellt, dass die Qualität, die wir damit erzielen, filmisch nicht ausreicht. Dann sind wir ins Obligo gegangen mit weiteren 500.000 Euro. Aus denen dann 600.000 Euro geworden sind, weil wir dann auch noch nach Los Angeles fahren durften und in die Akademie, dort nur ein kurzen Empfang und nicht mal die Agenten, die man braucht, um dann auch mal zu einer Nominierung zu kommen. Sprich: dieses Beispiel zeigt doch eigentlich, wie die Situation in der Kultur wie auch sonst ist. Wir sind hier nicht irgendwo in einem Controlling-Gremium, sondern wir sind hier an einer der Pulsadern der Politik, der Kulturpolitik und deswegen weigere ich mich persönlich, über Budgetierung zu sprechen (weil ich davon absolut keine Ahnung habe), weil das für mich keine politische Frage ist. Die politische Frage ist doch, was wollen wir? Und das ist von verschiedenen Herren hier genauso angesprochen worden. Wollen wir wirklich eine effiziente und auch ausbaubare Vertretung der deutschen kulturellen Interessen im Sinne auch eines durchaus um die Wirtschaft erweiterten Kulturbegriffs im Ausland? Dann müssen die politischen Konsequenzen gezogen werden - und strukturell heißt das, da wiederhole ich mich noch mal, den Bestand sichern, nichts abbauen, weil - das glaube ich - eine Meinung hier ist. Und dann ist es eine politische Entscheidung, in welche Bereiche will die Auswärtige Kulturpolitik gehen. Aber dann muss sie auch konsequent sein und sagen, ohne Geld singt der Blinde nicht, dann müssen die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist jetzt, jenseits der notwendigen inhaltlichen Fragen, ein strategisch politisches Problem. Und ich kann nur unterstreichen, dass es jedenfalls Ich muss das auch ein bisschen zurückweisen, so von wegen Einladungen, als wären wir so ein bisschen halb. Ich weiß, dass Sie es nicht so meinen, Sie formulieren das so ein bisschen sportlich, so als ob wir gekauft sind. Das ist nicht der Fall. Ich habe, glaube ich zwei oder drei Gläser Nein, vom Goethe-Institut, weil sie so sagten, na ja, die Herren die immer ein Vortrag halten. Wissen Sie, was ist, wenn Sie dort ein Vortrag halten? Da zahlen Sie noch das Taxi, um dort hinzufahren, und Honorar gibt es keins. Und wenn die Leiterin des Instituts gut drauf ist, dann macht sie ein Kaffee, den macht sie selber, weil sie niemanden hat, der ihr den Kaffee macht. Das ist, glaube ich, bei Ihnen im Büro anders. Oder noch mal mit Nachdruck, der innere Kannibalismus - das ist ein toller Ausdruck, Herr Wefing! -, der ist verwerflich und da muss jetzt die Debatte, die angestoßen worden ist für meine Begriffe viel weiter greifen. Sie muss grundsätzlicher gefüllt werden, sie muss über

die Außenvertretung der deutschen Kultur grundsätzlich geführt werden. Sonst haben wir wieder dieses nicht nachhaltige und völlig sinnlose Rumgeeiere, dass in drei oder in vier oder in fünf Jahren dasselbe Thema wieder auf der Agenda ist, bloß mit zehn Prozent weniger Volumen. Und das finde ich weder witzig noch effizient.

Der Vorsitzende: Herr Ottomeyer und Herr Pommerin.

Dr. Fred Breinersdorfer: Ich wollt nur noch sagen, die Investition in den Film - deswegen habe ich mit dem Beispiel angefangen - hat sich gelohnt. Die Qualität ist dann gut geworden. Und ich glaube, die Investition in die Außenpolitik, in die Kulturaußenpolitik, lohnt sich auch. Qualitativ machen wir dann langfristig gesehen den viel besseren Schnitt.

Prof. Dr. Hans Ottomeyer: Konkurrenzausschaltung vielleicht ausschließlich auf Managementschulen zu beschränken, das halte ich nicht für gerechtfertigt. Deutsch als zweite Fremdsprache nach Englisch schmiert jetzt in sehr vielen europäischen Ländern ab, zu Gunsten von Spanisch, und das geschieht auch auf den Schulen. Die Klassen werden sehr häufig eingestellt. Hier gibt es dramatische Zahlen, für Marseille oder für Paris. Wenn wir nicht alles tun, um Deutsch anzubieten, eben auch für Schüler, die es an der Schule nicht mehr lernen können, für Studenten und an Universitäten, dann täten wir da uns selbst gegenüber ein großen Unrecht. Das kann man nicht auf die Angebote der privaten Schulen beschränken. Die soll es natürlich auch geben. Und die Manager dort werden in der Regel auch von ihren Firmen dafür bezahlt, deswegen sind dort die Gebühren oder die Kursentgelte so hoch, dass da niemand einsteigen kann, der das Geld nicht von seiner Firma vorgestreckt bekommt. Also, ich finde, es ist ein ganz notwendiges ergänzendes Angebot. Man braucht sicher beides und sollte sich diesen Arm auf keinen Fall abhacken.

Prof. Dr. Reiner Pommerin: Ich halte das Thema Budgetierung doch für ein politisches Thema, Herr Dürr. Ich will Ihnen mal ein Beispiel nennen. Die Budgetierung an den Universitäten ist erfunden worden, weil die Haushaltsmittel abgesenkt worden sind. Ich hatte früher 8.000 Euro als laufende Mittel für ein Haushaltsjahr, jetzt sind es noch 2.000 Euro, und die darf ich jetzt budgetieren. Das beschäftigt in erster Linie natürlich meine Sekretärin, weil viel mehr Nachweise erbracht werden müssen über Dinge, die wir vorher für selbstverständlich hielten und nicht aufgeschrieben hatten. Ob ich 40 Magister „produziere“ oder 70, ist ein Indikator für eine Budgetierung. Welche Qualität diese Magister haben, welche Marktchancen mein „Produkt“ hat, das spielt für die Budgetierung allerdings keine Rolle, das ist vollkommen gleichgültig. Also, das bedeutet, für die Qualität der geleisteten Kulturarbeit eines Instituts vermag eine Budgetierung nur bedingt Aussagen zu machen. Ich sehe Budgetierung, bei

allen guten Intentionen, zunächst zumeist als ein Wegdrücken der Verantwortung derjenigen, die eigentlich den Finanzhaushalt hätten erhöhen müssen.

Damit komme ich zu dem zurück, was ich schon vorhin gesagt habe: Ich finde es nicht ehrlich, wenn wir die Abgeordneten hier freudig anschauen und ihnen sagen, so, nun sorgt morgen dafür, dass die 150 Mio., die übrigens in einem Stadtrat in einer größeren deutschen Stadt zur Deckung einer Lücke minutenschnell bewilligt werden würden, dass die auch jetzt kommen, damit bei den Goethe-Instituten künftig alles funktioniert. Die Wahrheit ist, das wird nicht funktionieren. Das Goethe-Institut wird höchstwahrscheinlich von der Bundesregierung über das Auswärtige Amt nicht mehr Haushaltsmittel bekommen, und ich halte es für illusorisch und auch für gefährlich, wenn man jetzt das Gefühl weckt, die Abgeordneten haben erkannt, wie wichtig das ist, was die Sachverständigen gesagt haben und was sie selbst schon lange wissen: Das Parlament wird also den Haushalt noch erhöhen und es wird endlich, Herr Botschafter Nordenskjöld, dazu kommen, dass die auswärtige Politik und somit auch die auswärtige Kulturpolitik endlich so finanziert werden, wie sie für einen solchen Industriestaat wie die Bundesrepublik finanziert werden müssten.

Das aber wird nicht eintreten, Frau Präsidentin Limbach wird weiter im Regen stehen; denn sie wird eher mit weniger Geld, aber wohl kaum mit mehr Mitteln, auch weiterhin klar kommen müssen. Das ist die Wahrheit und die Wahrheit bedeutet in der Realität, wo sind Schnitte zu machen, anstatt zu sagen, wir müssen mit einem neuen Institut auch noch den Rest der Welt beglücken. Dies hat Frau Limbach im institutsinternen Papier sehr deutlich gemacht. Wenn das Goethe-Institut dieselben Aufgaben behält wie zurzeit, so können diese nicht mehr in der gewohnten Qualität und Art und Weise durchgeführt werden. Es gibt, Budgetierung hin oder her, keine Möglichkeiten mehr, das Ende der Fahnenstange ist erreicht.

Was die Umwandlung der bestehenden Verträge für Ortskräfte anbelangt, das ist ein Problem. Denn es gibt Ortskräfte in manchen Ländern, die unter bestimmten Bedingungen eingestellt wurden. Die Ortskräfte, die in Sao Paulo oder irgendwo anders arbeiten, sind genauso euphorische, motivierte Mitarbeiter des Goethe-Instituts wie jeder Entsandte. Und bei Einzelnen scheint dieses Engagement sogar fast noch größer zu sein als bei manchem Entsandten. Damit will ich kein Urteil fällen, aber so kam es mir manchmal vor. Von daher gesehen dürfen die Ortskräfte nicht schlechter gestellt werden als bisher. Ihre Bezüge zurückzufahren, das wäre nicht fair. Bei Neueinstellungen kann man selbstverständlich über die Höhe von Bezügen nachdenken, dabei muss die aktuelle Situation im jeweiligen Land einbezogen werden. Eins bleibt klar: der entsandte Deutsche, der für das Goethe-Institut ins Ausland gezogen ist, der vertritt die Kultur Deutschlands anders als eine Ortskraft, die Deutsch selbst erst im Goethe-Institut erworben hat.

Was den Sprachunterricht durch die Goethe-Institute anbelangt, dazu möchte ich lieber nichts sagen. Sonst müsste ich ehrlich gestehen, dass das für mich eher sekundär geworden ist, weil man inzwischen an vielen Stellen im Ausland die deutsche Sprache gut erlernen kann. Ich weiß natürlich, für die deutsche Kultur und ihren Transfer bleibt die deutsche Sprache ein wichtiges Element. Dennoch bleibt häufig gar nichts anderes übrig, als den Transfer Kultur, der Geschichte, der Gesellschaft, der Wirtschaft, des politischen Systems der Bundesrepublik auch in einer Fremdsprache zu vollziehen. In der UNESCO-Kommission für Militärgeschichte mit etwa 40 Nationen hat Italien kürzlich darauf gedrungen, Deutsch als Konferenzsprache abzuschaffen. Das wäre natürlich ein Verlust. Dieser wird von den übrigen 40 Mitglieds-Nationen, deren Sprache ebenfalls keine Konferenzsprache ist, so nicht empfunden, weil alle Nationen dort lange schon Englisch als Konferenzsprache akzeptiert haben. Natürlich kann man verzweifelt international um den Erhalt von Deutsch als Konferenzsprache kämpfen, aber ohne Chancen. Selbst in Paris konnte ich in letzter Zeit Vorträge in Englisch halten. Dies wäre noch vor einigen Jahren kaum denkbar gewesen.

Dr. Heinrich Wefing: Anschließend an die eben gefallene Bemerkung, es werde nicht mehr Geld geben - wenn das die Einstiegsprämisse ist, dann wird es nicht mehr Geld geben. Das ist richtig. Es wird mehr Geld auch nur dann geben, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Aber es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass es mehr Geld geben wird. Der Haushalt des Beauftragten für Kultur und Medien ist gegen den Trend der allgemeinen Haushaltsabsendung derzeit, wenn auch nur minimal, erhöht worden. Also der Gedanke, dass es nicht prinzipiell nicht mehr Geld geben wird, ist, glaube ich, eine Voraussetzung, auf die man sich zunächst nicht einlassen sollte. Wenn man mehr Geld fordert, muss man bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Eine dabei ist möglicherweise die Budgetierung, da bin ich kein Experte. Eine andere Voraussetzung ist, dass man selber schaut, ob man den Kuchen, mit dem man wirtschaften muss, vielleicht vergrößern kann. Das ist die Frage, die bei Herrn Dürr anklang. Und in der Tat, gibt es, soviel ich informiert bin, durchaus Ansätze auch beim Goethe-Institut, dergleichen zu tun. Das Goethe-Institut hat in Spanien eine eigene Stiftung gegründet und mit nicht wenig Erfolg, wenn ich recht informiert bin, Geld sowohl bei der spanischen als auch bei der deutschen Wirtschaft eingesammelt. Dieser vergrößerte Etat hat dann dazu geführt, dass Dinge möglich wurden, die dann auch von der Münchner Zentrale plötzlich wieder unterstützt wurden. Es gibt durchaus auch die Möglichkeit - und das wäre, glaube ich, auch eine Aufgabe, die das Goethe-Institut vielleicht noch intensiver angehen müsste, als es das bislang getan hat -, sich solche zusätzlichen Finanzquellen zu erschließen. Es muss durchaus nicht nur die Industrie sein, sondern es gibt eine ganze Reihe von großen deutschen, sehr wohl ausgestatteten privaten Stiftungen, die alle im Ausland aktiv

sind und die vielleicht auch noch stärker als bislang an der Finanzierung, grade von Projekten des Goethe-Instituts, von Veranstaltungen beteiligt werden könnten. Mir fallen spontan die Zeit-Stiftung ein oder die Bosch-Stiftung, mit der Goethe ja schon zusammenarbeitet, und andere. Die werden sich nicht an der Finanzierung der Strukturen beteiligen, aber die werden sich durchaus an der Finanzierung von Projekten beteiligen können. Wichtig scheint mir auch zu sein, dass das Goethe-Institut - und das ist auch eben angekommen - nicht von sich aus in die Defensive geht Wenn vom Goethe-Institut, wie in den vergangenen Wochen kommuniziert wird Wir geben uns damit zufrieden, dass das Geld weniger wird, dann wird es eben in der Tat kein Geld mehr geben. Die Kritik der defensiven Haltung richtet sich aber durchaus nicht an das Goethe-Institut allein, sondern nach meiner Einschätzung auch an das Auswärtige Amt. Ich glaube, es gab keinen politischen Auftrag, jedenfalls des Parlaments und der Haushaltsausschüsse, die globalen Minderausgaben, die auch beim Auswärtigen Amt zu erfüllen waren, mehr oder weniger Eins zu Eins an die Goethe-Institute oder die kulturellen Mittelorganisationen durchzureichen. Das sind politische Entscheidungen, die müssen politisch getroffen werden. Und wenn man da von Anfang an sagt, das geht halt nicht anders, dann wird man in der Tat kein Erfolg haben.

Abg. Dr. Uschi Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich auch bei Ihnen, den Sachverständigen, sehr herzlich bedanken, speziell für die sehr offene Darlegung Ihrer Erfahrungen. Nur so kommen wir ja weiter, wenn wir ungeschminkt hier miteinander diskutieren. Für mich war erstaunlich - das hätte ich so nicht erwartet - die Einmütigkeit in der Bewertung der Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik überhaupt als Bestandteil unserer Außenpolitik. Ich glaube, das muss festgehalten werden für unseren Unterausschuss. Das war von mir so nicht erwartet worden. Zum anderen auch das zweite, was ich nicht erwartet hätte, war die Tatsache, dass Sie alle sagten, dass kann kein Nullsummenspiel sein. Also, keine Einsparung ist mehr ohne Qualitätsverluste möglich. Es deckt sich und darum bin ich auch sehr froh mit dem, was auch die Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts vor 14 Tagen in München genauso gesehen hat, und dass Sie als Außenstehende dies in solcher Offenheit auch noch mal klarstellen. Ich glaube, das ist gut zu wissen, dass, wenn man irgendwo neue Institute eröffnen will, dann auch klar mehr Geld zur Verfügung gestellt werden muss. Meine erste Frage bezieht sich auch auf das Geld. Ich teile doch natürlich auch eine gewisse Skepsis, dass innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre nun also der Geldsegen über uns kommt, auch wenn wir natürlich dafür arbeiten werden. Trotzdem ist ja auch die Frage des Sponsorings. Ich habe gerade von zwei Sachverständigen, nämlich von Herrn Breinersdorfer und Herrn Pommerin, sehr negative Bewertungen dazu gehört. Das hat mich erstaunt, denn ich weiß jetzt ehrlich gesagt nicht so recht, warum es anrühlich sein soll, wenn

eine größere Kulturveranstaltung meinetwegen in Kapstadt oder in Pretoria stattfindet und die dort versammelte deutsche Wirtschaft unterstützt diese mit der Bitte, dass da vielleicht das Logo von Daimler Chrysler oder von Siemens auf den Flyer drauf soll. Das wurde ja auch vorhin von Herrn Dürr gesagt, wenn da in der Eingangshalle des Veranstaltungsortes eine deutsche produzierte Solaranlage steht oder auch ein BMW, der das Ergebnis deutscher Ingenieurleistung ist. Also, ich finde das ehrlich gesagt nicht anrühlich. Deswegen hätte ich gerne von Ihnen gewusst, wieso Sie zu der Auffassung kommen, dass diese Sponsoren oder diese Gelder von Sponsoren zu einer Sponsorenabhängigkeit führen. Das zweite ist, ich fand es sehr interessant, dass Sie eigentlich alle eine Strategiedebatte fordern. Das finde ich auch etwas, was wir als Ausschuss festhalten müssen, nämlich eine Strategiedebatte, sowohl was die geografische Ausrichtung angeht als auch, was die Mandatierung, also die Aufgabenstellung des Goethe-Instituts ist - die Frage nämlich, was ist das Alleinstellungsmerkmal des Goethe-Instituts? Wir haben das obwohl, vorhin wurde von - ich glaube, von Herrn Steinfeld - ein bisschen herablassend das Institut für Auslandsbeziehungen in die Debatte hier eingeführt. Ich finde, da muss man anders rangehen und einfach fragen, was sind die Aufgaben des DAAD, was ist die Aufgabe des ifa, was ist die Aufgabe des Goethe-Instituts. Und wenn ich mir die Liste der Themen von Herrn Pommerin ansehe - und ich mache nun 30 Jahre Entwicklungspolitik - das war eine klassische Liste einer Veranstaltungsreihe der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit aus Eschborn und nicht vom Goethe-Institut. Ich bin geradezu entsetzt, wenn ich höre, dass dieses Themen von Goethe-Instituten waren, weil das auch Stiftungen machen. Aber das macht die GTZ weltweit rauf und runter, Jahr für Jahr. Und da finde ich es furchtbar zu sehen, dass hier diese Themen vom Goethe-Institut ebenfalls angeboten werden. Die Frage der geografischen Verteilung, das fand ich also schon interessant und da möchte ich auch auf Herrn Schneider noch mal zurückkommen, ähnlich wie Frau Griefahn. Also mir sind Ihre - Wie nennen Sie es, Nachfrageindikatoren? - überhaupt nicht einleuchtend. Ein Nachfrageindikator, der sich nur darauf bezieht, auf den Anteil der Bevölkerung mit einem tertiären Bildungsabschluss und die Gesamtzahl der Bevölkerung. Da ist nichts drin, politisch also, keine Nachfrageindikatoren. Zum Beispiel: sind es ehemalige Kolonien, sind dort Menschen, die traditionell eine ganz enge Bindung zur Bundesrepublik Deutschland haben? Sind es Länder, in die nach den letzten 20 Jahren auf Grund unserer Asyl- und Exilpolitik Menschen wieder zurückgekehrt sind? Ich habe selber drei Jahre in Eritrea gelebt. In Eritrea, wo mindestens 40.000 Menschen Deutschland als ihre zweite Heimat betrachten. Da haben wir uns nie darum gekümmert, weder das Auswärtige Amt noch irgendeine Kulturinstitution. Nur dank Dieter Spoery, der damals Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg war, konnten wir ein Deutsch-Eritreisches Kultur- und Managementzentrum aufbauen. Was ich dann gemacht habe, als ich dort drei Jahre gearbeitet habe? Ich will nur fragen, gibt es hier andere Nach-

frageindikatoren? Also sozusagen nur statistische oder quantitative Größen? Und das fehlt mir völlig. Aber ich stimme Ihnen zu, man muss Transparenz haben, man muss klar haben, was sind unsere Kriterien für eine bestimmte Standortauswahl. Letzter Punkt, Herr Vorsitzender. Das ist mir ein bisschen zu kurz gekommen, obwohl Herr Wefing und gerade auch Herr Schneider das sehr klar eingefordert haben. Die Forderung nach Evaluierung. Mir ist überhaupt nicht klar, warum man Auswärtige Kulturpolitik nicht auch einer Evaluation unterziehen kann. Mir ist völlig klar, dass Wirkungsforschung ganz außerordentlich schwierig ist. Ich weiß auch, dass Evaluierungsberichte von beamteten Staatssekretären, wenn sie denn nicht unbedingt der Politik des Hauses entsprechen, versucht werden zu beschönigen oder sie verschwinden in der Schublade, weil sie irgendwie negative Ergebnisse gebracht haben. Weiß ich alles. Ich war ja sieben Jahre in dem Ministerium, wo eben sehr stark evaluiert wird. Trotzdem dienen Evaluierungen der Glaubwürdigkeit und der Akzeptanz eines Politikfeldes und zwar auch dann umso mehr, wenn auch Berichte zu dem Ergebnis kommen, da ist irgendwo was schief gelaufen, da wird ein Fehler gemacht. Aber diese Berichte dienen ja auch der Korrekturmöglichkeit. Also insofern möchte ich das noch mal aufgreifen und auch die anderen Herren noch mal fragen, wie sie das einschätzen. Also ist es Ängstlichkeit oder was sind die Gründe? Das müssen wir jetzt nicht heute diskutieren. Herr Grolig, das ist ja auf unserer Seite, das können wir hier dann intern diskutieren. Trotzdem danke noch mal, dass die beiden Herren noch mal dieses deutlich gemacht haben, dass man diese alte Idee durchaus noch mal näher beleuchten soll und vielleicht doch umsetzen soll. Danke schön.

Prof. Dr. Reiner Pommerin: Ja, lieber Herr Dürr, das ist ein völliges Missverständnis! Sie müssen wissen, ich gebe in Dresden eine Reihe heraus, in der die Doktorarbeiten meiner Doktoranden erscheinen. Wenn heute eine solche Arbeit nicht in einem seriösen Verlag gedruckt wird, ist ein Nachwuchswissenschaftler nicht marktfähig. Da nehme ich Geld von jedem, ohne irgendwelche moralischen Bedenken. Und zwar seit Jahren. Und ich würde jedes Logo egal wohin drucken, wenn ich dadurch in die Lage versetzt würde, meine Doktoranden marktfähig zu machen. Da haben wir uns also missverstanden, lieber Herr Dürr. Ich würde ebenfalls unter jedem Logo eine Ausstellung machen, das habe ich auch schon gemacht. Also ein Missverständnis.

Unser Dilemma ist und bleibt: wenn die Bundesrepublik im Ausland eine nachhaltige, langfristige und wirksame Kulturpolitik betreiben will, braucht diese eine stabile Sicherheit durch sichere Haushaltsmittel, auf welche sich das Goethe-Institut langfristig verlassen kann. Sonst passiert das, was häufiger passiert, erst die arbeitsintensive Planung eines Projekts mit einem Sponsor, dann erfolgt ein Personalwechsel, wie ich ihn gerade erlebt habe: Debis in Melbourne zeigte Interesse an einem Projekt, es erfolgt die Planung. Dann sagt der neue Mann vor Ort: „Also wissen Sie, es ist ja

nett, Herr Professor, was Sie da vor hatten, aber in mein neues Konzept passt das jetzt nicht mehr rein.“ Dann verabschiedet man sich von diesem Projekt, und eine Kette von Kontakten, die aufgebaut und vertieft werden sollten, bricht weg. Also, erfolgreiche auswärtige Kulturpolitik ist nur mit langfristig sicheren Haushaltsmitteln machbar. Sponsoren bleiben natürlich weiterhin höchst willkommen.

Evaluation, das ist ja auch das „Catchword“ an deutschen Universitäten. Es besteht der Glaube daran, dass eben alles evaluiert werden kann. Das ist aber sehr schwierig in der Auswärtigen Kulturpolitik, es ist außerordentlich schwierig. Ich habe manchmal Jahre später ein Erfolgserlebnis, welches ich zurückführen muss etwa auf einen Kontakt beim Goethe-Institut in Sydney oder Los Angeles vor drei Jahren oder fünf Jahren. Aber diesen Erfolg kann ich jetzt nicht mehr mitteilen. Ich könnte zwar an die Zentrale in München schreiben und bitten, nehmt dies noch als verspäteten Erfolg auf. Da würden die Kollegen dort zu Recht sagen: den Jahresbericht von 1996 haben wir schon vor Jahren abgeheftet; war aber nett, dass Sie sich noch mal gemeldet haben. Die Evaluation von Erfolgen in der Auswärtigen Kulturpolitik ist sehr schwierig, das geht nur in sehr begrenzten Rahmen. Das erfreuliche Ändern eines Vorurteils ist manchmal leider gar nicht messbar. Vielleicht scheint da ein wenig durch, dass ich mit der Empirie nicht auf so gutem Fuß stehe. Ich glaube nicht, dass man alles im Leben zählen und nummerieren kann.

Dr. Fred Breinersdorfer: Nun, ich berichte Ihnen jetzt mal zum Thema Sponsoring einen Fall. Es gab in einem Land ein Filmfestival. Goethe-Institut veranstaltete es zusammen mit German Films. Der Film „Sophie Scholl - Die letzten Tage“ war bei zwei Auftrittsorten der Eröffnungsfilm, in einem dritten lief er im Programm. Diese Veranstaltung sollte dazu dienen, das deutsche Filmschaffen in seiner Breite dem dortigen Publikum publik zu machen. Der Hauptsponsor war ein deutsches Automobilunternehmen. Ich drück mich deswegen so ulkig aus, weil ich hinterher nach den ganzen Affären einen Deal mit den Jungs gemacht habe, dass das nicht wieder in der Öffentlichkeit hochkommt. Es passierte Folgendes: ein mittlerer Management-Mensch ordnete an, alles, was auf unser Unternehmen hinweist, im Zusammenhang mit Sophie Scholl zu entfernen, denn es könnte ja das Klientel, dem man die großen oder kleinen Autos verkaufen möchte, verstören, dass ein Film über die Nazizeit und den deutschen Widerstand in diesem Land gezeigt wird, so war die Begründung. Was macht das Goethe-Institut? Es muss natürlich, um das Geld - es handelt sich immerhin um 30.000 Euro - zu bekommen, alles abhängen. Also es werden die Autos aus dem Foyer gefahren, als dann „Barfuss“ und die „Weiße Massai“ kommen, kommen die Autos wieder rein. Ernsthaft, es werden die Flyer abgehängt und es werden zwei verschiedenen Trailer gezeigt. Worauf ich mich dann etwas echauffiert habe und mit dem Boss der Auslandsvertretung dieses Unternehmens geredet habe. Der ist dann aus allen Wolken gefallen und hat gesagt: „Ja, gerade diesen Eindruck

wollten wir nicht erzielen“, woraus ich dann schließe, dass sie schon Eindruckserzielungsabsichten hatten. Und dann wurde das, nachdem das Festival vorbei war, korrigiert. Ich nehme an, der Mann im mittleren Management hat einen Anschiss bekommen, und ich habe dann gedroht mit meinen Verbindungen zu den hier sitzenden repräsentierten Blättern, es in Deutschland publik zu machen, nachdem es bereits in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung mal in einer Seitennotiz kam. Dann hat man zurückgerudert und ich konnte auch den betreffenden Herrn dann das verbindliche Versprechen abknöpfen, im nächsten Jahr wieder dabei zu sein. Das ist sicherlich ein Einzelfall, Frau Eid. Bloß ich denke, auch da, ohne dass ich irgendwelche Regularien fordere, muss irgendwann die Diskussion eröffnet werden, was ist möglich an inhaltlicher Einflussnahme, was ist zu dulden wenn immerhin eine so reputierte Organisation wie Goethe ihren Namen auch damit, als außenpolitischer Repräsentant der deutschen Kultur, zusammenspannt mit irgendjemand und da - Herr Pommerin, Verzeihung - möchte ich nicht die Logos von allem drauf haben. Sondern da möchte ich schon doch auch noch einen gewissen Standard wahren, auch was politische und andere Dinge angeht. Also ich könnte mir vorstellen, dass zum Beispiel Condomi als Sponsor bei einer normalen Lyrikveranstaltung ein bisschen komisch aussieht. Ich würde da auch herzlich drum bitten, auch das zu diskutieren, welche Sponsoren sind hoffähig. Und dann noch eine Bitte, wenn wir noch mal Fraktur reden. Über Evaluation kann ich nichts sagen, aber ich kann was zur Chefsache sagen und glaube auch, zu politischen Dingen. Ich habe Herrn Steinmeier schon über alles reden hören, aber noch nie über Auswärtige Kulturpolitik. Ich persönlich habe ihn noch nicht darüber reden hören. Vielleicht sehen Sie das anders. Dann soll er jedenfalls so laut und deutlich über Auswärtige Kulturpolitik reden. Dann nehme ich das mit dem Ausdruck, mit keinem Ausdruck zurück. Ich hab' es jedenfalls noch nie gehört und ich würde es gerne hören, dass das Chefsache ist, Kulturaußenpolitik.

Dr. Heinrich Wefing: Frau Eid war so nett, freundlich darauf hinzuweisen, dass auch ich eine kontinuierliche Selbstbefragung des Goethe-Instituts daraufhin erbeten habe, ob es alle seine Mittel und alle seine Strukturen optimal einsetzt. Das scheint mir selbstverständlich zu sein. Das scheint mir auch die notwendige Voraussetzung zu sein, wenn man tatsächlich politische Forderungen nach mehr Geld stellen will. Ich würde gern noch anknüpfen an die Sponsoring-Debatte. Das ist ja eine Debatte, die in weiten Bereichen der Kultur seit langem geführt wird. Ich hatte gehofft, sie wäre langsam zu einem Ende gekommen. Die Sponsoren sind keine Unmenschen, auch wenn es immer wieder schwierige Vorfälle gibt. Wichtig erscheint mir aber noch ein anderer Punkt zu sein: das Goethe-Institut, um seine Aufgaben zu erfüllen, hat ein - finde ich - originäres eigenes Interesse daran, mit Kooperationspartnern am jeweiligen Einsatzort zusammen zu arbeiten. Das kann die Industrie sein, das kann die dort präsente deutsche Industrie sein, es können aber auch Kulturorganisationen und

-institutionen an den jeweiligen Orten sein. Das ist ganz schlicht auch aus dem einfachen Grunde hilfreich, weil es dazu dient, dass Inhalte weiter transportiert werden. Ich erinnere mich an Veranstaltungen, an denen ich entweder als Gast oder als Beobachter teilgenommen habe, zu denen für viel Geld Referenten aus Deutschland eingeflogen wurden, um vor drei Mitarbeitern des örtlichen Goethe-Institut und drei deutschen Hausfrauen ihre Vorträge zu halten. Dieselben oder ähnlich gestrickte Veranstaltungen, die zusammen mit örtlichen Institutionen durchgeführt wurden, finden vor vollen Häusern statt. Es geht nicht nur darum, Geld zu mobilisieren – das kann auch nicht nur durch Sponsoring geschehen – sondern es geht vor allen Dingen darum, auch die Wirkung zu erhöhen. Und wenn das mit ortsansässigen Institutionen geschieht, und vielleicht auch noch stärker geschieht als das bislang der Fall ist – obwohl es natürlich schwierig ist, jeweils immer den richtigen Partner zu finden – dann gewinnt das Goethe-Institut dadurch.

Prof. Dr. Gerald Schneider: Ich nehme gerne die drei Punkte von Frau Dr. Eid auf. Natürlich freut es mich, dass Sie eine Lanze für die Evaluierung gebrochen haben und ich teile auch die Skepsis von anderen Rednern nicht unbedingt, dass man hier an Grenzen der Wissenschaftlichkeit stößt. Man kann das machen, das ist auch nicht mit Erbsen- oder Fliegenbeinzählerei verknüpft. Was man machen muss, ist systematisches Vergleichen von Standorten, wo zum Beispiel ein Goethe-Institut wirkt und möglichen Standorten, wie dort deutsche Kultur und Sprache wahrgenommen wird, das ist möglich. Aber was eben oft geschieht, ist, wenn das Goethe-Institut in einer Krise ist und ich wiederhole mich vielleicht hier, dann wird hier ein Beratungsinstitut angeheuert – keine Namen –dann werden die Kaffeetassen gezählt und dann gibt es eine Kaffeetasse zu viel. Dann wird die Krise noch dadurch verstärkt, dass man sich eben seinen pseudowissenschaftlichen Evaluierungsbericht ins Haus geholt hat. Nachfrageindikatoren, der zweite Punkt. In einer früheren Studie mit Frau Schiller unter dem Titel "Goethe ist nicht überall" haben wir tatsächlich hier Rückkehrer, einen deutsch sprechenden Rückkehrer, als Indikator verwendet. Es ist sehr schwierig für uns, an diese Daten heranzukommen. Es würde eben auch zur Nachhaltigkeit der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik gehören, dass man diese Daten kontinuierlich aufarbeitet, damit man überprüfen kann, erfüllen wir denn tatsächlich diese Ziele, wenn es denn die Ziele sind. Andere Indikatoren, die Sie erwähnt haben -da bin ich skeptisch, weil das wieder dazu führt, dass man Auswärtige Kulturpolitik mit Entwicklungspolitik beispielsweise vermischt. In den 90er Jahren, Ende der 90er Jahre, gab es eine Hinwendung zu Good Governance auch in Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik. Man wollte also mit einem Goethe-Institut praktisch gewisse Länder dafür belohnen, dass sie sich auf den Weg der Demokratisierung gemacht haben. Die Frage ist, kann man das über die Auswärtige Kulturpolitik machen, wie ich vorher schon dargelegt habe? Ich glaube nicht. Ich meine natürlich, ein Goethe-Institut zu

errichten, ist eine langfristige Investition. Und da solche Demokratisierungsprozesse oft sehr fragil sind, haben wir ein Goethe-Institut dort in einem Land, wo man nicht unbedingt hin will. Wir haben diese Evaluation gemacht, in den 90er Jahren gab es keine Orientierung der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik an diesen Kriterien. Ich würde es in dem Sinne auch nicht für sinnvoll halten. Aber das wichtige ist, dass man die Daten hat. Noch ganz kurz zum Sponsoring. Das Problem des Sponsoring besteht doch einfach darin, dass für die Sponsoren hier das ganz kurzfristige Interessen sind. Heute wir, morgen dann ein anderes Ereignis. Das setzt eben dann auf der Seite des Goethe-Instituts oder anderer Kulturträger voraus, dass man langfristig weiß, wohin man will, dann macht man sich auch nicht abhängig von Wirtschaftsunternehmen.

Der Vorsitzende: Der nächste Fragesteller ist der Kollege Willy Wimmer.

Abg. Willy Wimmer (Neuss), (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, hier ist ja heute Nachmittag auch ein Nachmittag des Missvergnügens. Und dabei sitzen diejenigen, die das Missvergnügen verursachen, nicht als Gutacher hier. Sondern wir sind logischerweise diejenigen, die an die eigene Brust klopfen müssen oder dieses Klopfen an die eigene Brust weitergeben müssen an Leute, die wir kennen. Aber in diesem Zusammenhang drängen sich eine Reihe von Fragen auf, ob man nicht diese ganze Diskussion auch gegebenenfalls systematisieren kann. Herr Dürr hat davon angefangen, dass er darauf aufmerksam gemacht hat, hier in bestimmten Tätigkeiten des Goethe-Instituts eine Wasserkopflastigkeit festgestellt zu haben. Das zieht sich ja wie ein roter Faden durch alles durch. Und Herr Professor Pommerin hat ja auch darauf aufmerksam gemacht, welche Veranstaltungen da stattfinden. Und da ist man natürlich auf der staatlichen Seite eigentlich immer gefragt, ob man nicht zur Versachlichung einer solcher Diskussion, damit man diese Diskussion nicht hier führen muss, den Bundesrechnungshof bitten sollte, hier unter allen auch in anderen staatlichen Einrichtungen stattfindenden Kriterien das Goethe-Institut einmal zu überprüfen daraufhin, ob die Dinge, die überall anders an der Tagesordnung sind, nicht auch hier umgesetzt werden können. Damit würde eine Versachlichung für unser eigenes Tun eintreten. Und ich frage Sie natürlich, Herr Dürr – Sie haben ja nun umfassende Erkenntnisse, privatwirtschaftlich, im Bereich staatlicher Tätigkeit – gäbe es weitere Kriterien, um für uns eine sachgerechte Basis für eine solche Diskussion festzustellen? Und gleich an Ihren Nachbarn, Herrn von Nordenskjöld, das, was Sie ja zum Ausdruck gebracht haben und was ja auch basiert auf langjähriger Erfahrung: ist nicht das, was wir hier betreiben, eine symptomatische Diskussion? Wir haben dieses Unbehagen in den eigenen Reihen seit langem, seitdem es diese Große Koalition gibt und zwar, weil sich auch parlamentarisch was ändert. Wir vergleichen uns mit unseren Nachbarn und stellen fest, dass, was den deutschen Auswärtigen Dienst betrifft, wir im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Italien total unterdimensioniert

niert sind. Und dann haben wir eine Auswärtige Kulturpolitik, die Steinbruchcharakter hat und dazu beiträgt, dass man im Zusammenhang mit einer immer stärker fremdbestimmten Ausgabenpolitik im Bereich der auswärtigen Politik generell diesen Steinbruch zu Lasten des Goethe-Institut immer noch weiter verstärkt. Wäre es nicht sinnvoll und geboten – und wir sind ja für Hinweise mehr als dankbar –, dass wir einmal die deutsche auswärtige Politik auf diesen Prüfstand stellen und sagen: "Was machen die anderen?". Wir müssen ja das Ei nicht immer neu erfinden. Und dann haben wir auch Handlungsoptionen dafür, dass wir sagen können: "Wir müssen mit Forderungen kommen." Denn die Bereitschaft, das zu tun, ist ja bei uns mit Sicherheit vorhanden. Und weil Herr Professor Pommerin sich auch im Bereich der Bundeswehr auskennt. Und da komme ich natürlich auf das zurück, was Sie gesagt haben, Herr Steinfeld. Wir haben für alle zentralen, wichtigen Aufgaben eine mittelfristige Finanzplanung. Die heißt im Bereich der Streitkräfte Bundeswehrplanung. Jetzt will ich nicht Kultur mit Streitkräften in Verbindung bringen, obwohl das Eine das Andere durchaus mal befruchten könnte. Aber wäre es nicht sinnvoll, nicht nur immer den Steinbruch zu betreiben - und da komme ich natürlich auf das, was der Vertreter der FAZ hier gesagt hat –, sondern, dass wir für mittelfristige Kulturplanung in dem Sinne sorgen, dass wir wissen, auch für die jährlichen Etatberatungen, was ist eigentlich unser Bild von Deutschland? Und das ändert sich ja schon mal von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Und was müssen wir tun, um die veränderte Welt in eine zentrale staatliche Aufgabe rein zu bringen. Mir geht es bei diesen Dingen um den Versuch, eine gewisse Systematik reinzubringen, denn wir können uns ja nicht über die Fehlentwicklung in Pamplona hier ausschussmäßig unterhalten. Und Sie haben ja eben schon den Bezug zu meiner niederrheinischen Heimat in Zusammenhang mit Krefeld dargestellt. Es ist peinlich, nichts anderes als peinlich, solche Diskussionen hier im Deutschen Bundestag führen zu müssen, denn der Stadtrat von Krefeld würde über die Kanalbaumassnahmen in der Größenordnung von 150 Mio. Euro eine halbe Stunde maximal diskutieren. Das macht natürlich unser Dilemma, unser Missvergnügen, unser Unbehagen deutlich. Und die Frage ist, müssen wir nicht im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik eine Totalumsteuerung vornehmen - vielleicht ist „Total“ ein bisschen überzogen -, aber eine Grundumsteuerung vornehmen? Denn wir haben die Diskussion hier losgetreten unter dem Gesichtspunkt, dass wir hunderte Millionen Euro über den Tisch schieben in Sachen Kongo. In Sachen Vereinte Nationen sind die Beträge sehr viel größer, und wir wissen nicht, was damit gemacht wird. Auf Nachfrage gibt es dann möglicherweise Antworten, aber wir wissen es nicht bei der Entscheidung. Und ist das nicht Veranlassung dafür zu sagen, das Bild unseres Landes wird so in die defizitäre Entwicklung getrieben, dass wir hier anfangen müssen, eine Grundumsteuerung vorzunehmen?

Der Vorsitzende: Herr Dürr, Herr Pommerin und Herr Steinfeld.

Heinz Dürr: Ich bin schon ein bisschen verwundert hier, wenn Sie sagen, wir müssen uns über die Budgetierungen unterhalten. Also, das Goethe-Institut muss doch ein Budget haben und da muss doch irgendeiner für verantwortlich sein. Da muss doch ein Finanzmann da sein, der weiß, was mit dem Geld passiert. Wenn Sie jetzt Budgetieren im Institut - arbeitet mal drauf los - und nach einem halben Jahr sagen Sie ihm "du hast ein bisschen zu viel ausgegeben, musst mal ein bisschen sparen, guck mal nach einem Sponsor", oder wie läuft das? Und die Evaluierung, da muss ich sagen, ich als Chef des Goethe-Institut, als Finanzmann, würde mir von meinen Instituten berichten lassen: "Was habt ihr denn eigentlich da gemacht? Waren da nur die drei Hausfrauen und der eine da oder habt ihr den Einflug bezahlt und warum sind bei dem Da muss es doch ein Reporting geben! Mit dem Rechnungshof hätte ich da nicht viel im Sinn, weil aus meiner Erfahrung der Rechnungshof immer nur hinten dran kommt und daran interessiert ist, Fehler zu finden – und die haben sie genügend, die findet der –, dann passiert überhaupt nichts mehr. Das ist doch keine große Firma, die Sie haben, mit den 250 Mio. und wie der Betriebsrat mir gerade gesagt hat, mit 1.200 Leuten. Die hat man doch im Griff! Mit denen muss man doch reden. Dann haben Sie ein festes Budget und dann haben Sie einen Beirat mit drei Jungs, die was davon verstehen, dann brauchen Sie auch kein McKinsey bezahlen, sondern da holen Sie ein paar Manager rein, die geben Ihnen die Leute mit und die rechnen die Zahlen nach – dann kann doch das nicht passieren, was Sie hier erzählen mit den drei Hausfrauen. Noch ein Punkt, um Ihnen noch mal zu sagen mit diesem Sponsoring. Nur ein kleines Beispiel, auf das ich durch Herrn Wefing aufmerksam geworden bin: die American Academy von Berlin kommt zu mir und sagt: "Dürr, du hast doch eine Stiftung, könntest du uns nicht für fünf Jahre einen bezahlen, der da draußen am Wannsee über die Frage der Heuschrecken und ihrer Anwendung bei größeren Verkäufen des Bundes spricht." Da kriegen die fünf Jahre, machen eine Vereinbarung, Heinz-und-Heide-Dürr-Stiftung stiftet einen festen Betrag in Höhe von 15.000 Euro pro Jahr. Das ist nicht viel Geld, aber damit können Sie einen Amerikaner hierher holen, der am Wannsee sitzt und wieder zurückgeht und sagt: "Deutschland ist eine gute Sache." Also die Amerikaner tun da mehr. Warum kann so was das Goethe-Institut nicht? Einen Sales Manager, der soll rumlaufen, zu den Firmen gehen und sagen: "Könnt ihr uns da helfen?" Aber da müsst ihr vom Goethe-Institut darauf vorbereitet sein. Wenn ihr sagt: "Um Gottes Willen, mit der Industrie wollen wir gar nichts zu tun haben, die wollen alle nur ihre Autos verkaufen und so weiter", dann geht das natürlich nicht. Und noch eins zu Ihnen, Herr Pommerin. Also, wenn Sie so an ein Budget herangehen, wenn Sie sagen: "Ich krieg eh nichts, das wird weniger", dann sind Sie ja total verloren. Sie kriegen doch mit, wie Haushaltsberatungen laufen. Haben Sie das jetzt mitgekriegt, wie die Länder sich aus der Regionalisierungsabgabe noch mal 300 Millionen geholt haben, die ihnen der Steinbrück wegnehmen wollte, damit die ihm die Mehrwertsteuer genehmigen?

Wir sprechen hier doch von wie viel, von sieben oder von zwölf Prozent Defizit. Also die müssen wir irgendwo abzweigen. Diese ganze Diskussion, wissenschaftliche Evaluierung, das Management haben - aber wenn ich hier ein Papier von Ihnen bekomme, da steht "Überlegungen zur Zukunft des Goethe-Institut" - dieses Papier beschäftigt sich in der Präambel "Eine Entscheidung im Sinne der außenkulturpolitischen Wirksamkeit würde eine fühlbare Erhöhung der Zuwendungen bringen". Das ganze Papier über die Zukunft des Goethe-Instituts beschäftigt sich ausschließlich mit finanziellen Fragen. Auch Sie sind offensichtlich von der Finanzwirtschaft übernommen worden, es geht nur noch ums Geld. Das kann es nicht sein.

Prof. Dr. Reiner Pommerin: Noch einmal zur Kooperation vor Ort. Es gibt kaum Institute, die so vielfältig vernetzt sind und die Kooperation vor Ort suchen und herstellen wie die Goethe-Institute. Dies gilt sowohl für Sponsoring als auch für die vielfältigen anderen Möglichkeiten, mit Institutionen des Gastlandes zusammen zu arbeiten. Ich möchte noch einmal auf die eben erwähnten, bei einer Veranstaltung lediglich anwesenden, drei Personen zurückkommen, um deutlich zu machen, worum es geht. Wenn es eine solche Veranstaltung in einem Institut vor Ort gab, und es waren lediglich drei Mitarbeiter und drei andere Leute anwesend, so ist dies allein noch keine Bewertungsgrundlage. Wenn es nämlich die richtigen drei Leute waren, so zum Beispiel potenzielle Sponsoren oder künftige Kooperationspartner für weitere kulturelle Veranstaltungen, dann waren die drei Anwesenden allein schon den Aufwand wert. Aber im Allgemeinen geht man als Deutscher nicht nur in die Goethe-Institute, um nur dort zu sprechen. Man spricht zwar auch im Institut, wird aber überwiegend außerhalb der Institute eingesetzt. So hält man Vorträge und Seminare in Hochschulen und in anderen kulturellen Einrichtungen des jeweiligen Landes. Die Institutsmitglieder sind wirklich erfinderisch, wenn es darum geht, jemanden aus Deutschland vor Ort einzusetzen. Ähnliches gilt übrigens auch für die Werbung von Sponsoren für Kulturveranstaltungen.

Was Herr Wimmer sagt, ist natürlich vollkommen berechtigt. Auch mich macht es unzufrieden, dass in den Goethe-Instituten nicht wie in den Streitkräften, allein schon um die Laufbahnerwartungen und die ständig notwendigen Waffen- und Materialerneuerungen zu garantieren, aber auch noch aus vielen anderen Gründen, dass in ähnlicher Weise nicht auch in den Goethe Instituten über einen längeren Zeitraum geplant werden kann. Vielleicht würde dies auch einer von Herrn Steinfeld erwähnten längerfristigen Programmplanung zugute kommen. Natürlich ist dies sehr schwierig, das gebe ich zu. Aber ich glaube, eine mittelfristige Planung wäre schon eine gute Idee. Nur kann das nicht heißen, dass in der Zentrale in München noch größere Strategiekomponenten notwendig werden. Sicherlich wäre es aber sinnvoll, wenn ein Institut im Ausland über eine längere Frist wüsste, wie groß der zur Verfügung stehende Haushalt ist. Was schwierig ist, ergibt sich durch die neuen und sich änder-

den Anforderungen für Goethe, die außenpolitischen Kursen und deren Veränderungen Rechnung tragen müssen. Daraus ergeben sich eben auch neue Verpflichtungen. Dies wird man nicht gänzlich vermeiden können, sondern das wird immer so bleiben.

Es gab gewiss eine Tendenz im Goethe-Institut vor Frau Präsidentin Limbachs Zeiten, dass teilweise mehr dahin geschaut wurde, was in der aktuellen Presseberichterstattung über ein Projekt berichtet und weniger die Nachhaltigkeit eines solchen Projekts Beachtung fand. Aber ich denke, das wird jetzt anders gemacht, deswegen glaube ich, dass diese Schwäche bereits behoben ist.

Lieber Herr Dürr, wenn Sie jetzt sagen, die Goethe Institute brauchen und erhalten mehr Geld, dann müssen wir über viele Dinge gar nicht weiter diskutieren. Ich bin doch niemand, der nicht auch zustimmt, dass die Goethe-Institute mehr Finanzmittel benötigen, aber ich halte es für gänzlich unwahrscheinlich, dass in den nächsten vier Jahren 150 Mio. mehr aus dem Staatshaushalt für die Auswärtige Kulturpolitik zu erhalten sein werden. Wenn das Goethe-Institut diese Summe bekommen würde, umso besser. Wenn Sie allerdings, lieber Herr Dürr, die von Ihnen in Ihrer Stiftung erwähnte Summe von 15.000 Euro erhöhen würden, und diese dem Goethe-Institut stellen würden, würde mich das auch dies schon sehr freuen.

Heinz Dürr: Man muss ins Gelingen verliebt sein und nicht ins Scheitern.

Dr. Thomas Steinfeld: Zu Herrn Wimmer: zu einer mittelfristigen Finanzplanung gehört auch ein zumindest mittelfristig bestehendes Programm, und das kann man, ich hab das sehr deutlich gemacht in meinem Vortrag, im Goethe-Institut zurzeit vermissen. Dieses Programm ist keine schwierige Sache. Das ist völlig klar, dass im Mittelpunkt der Arbeit des GI die kulturelle Infrastruktur der Bundesrepublik, so wie sie auch heute existiert, stehen muss. Es ist völlig klar, dass in zweiter Linie ein sehr starker Begriff der Tradition, des kulturellen Erbes, da sein muss, damit ein Goethe-Institut funktioniert, denn das wollen die Leute auch von uns wissen. Die sind wesentlich interessierter an Kant und Hegel oder am deutschen Idealismus oder an der deutschen Sinfonie oder an sonst etwas als am Fahrradfahren, das können sie selber. Erst in dritter Instanz spielt die Gegenwartskultur eine Rolle. Die spielt eine große Rolle, weil Deutschland im Bereich der Gegenwartskultur in einigen Bereichen, zum Beispiel in der Fotografie, auch in der Bildenden Kunst, wirklich Weltgeltung besitzt. Ein Maler wie Gerhard Richter ist im Ausland größer als er im Inland ist. Ich wollte ein bekanntes Beispiel nehmen. Und erst in vierter Linie kann es um so etwas gehen wie um den erweiterten Kulturbegriff, von dem Herr Pommerin eine erschreckende Liste vorgelegt hat. Aber da gibt es Priorisierung, auf die man sich einlassen muss und die zur Planbarkeit, die zur Strukturbarkeit des Goethe-Instituts gehört.

Und ich habe den Eindruck, er habe es auch in anderen Worten schon gesagt, dass es das Goethe-Institut in seinem Willen, allen möglichen Auftraggebern oder in seiner Not, sich dauernd zu rechtfertigen, mit der Anpassungsbereitschaft übertreibt. Jahrelang ist das Goethe-Institut hausieren gegangen mit der Parole "Deutsch ist leicht". Ich verspreche Ihnen, mit der Parole "Deutsch ist leicht" bekommt man keinen Deutschlerner mehr in die Kurse. Würde man sagen "Deutsch ist schwer", würde man viel eher Deutschlerner bekommen, da bin ich mir völlig sicher. Die Weltgeltung der deutschen Sprache als Universitäts- und Wissenschaftssprache im 19. Jahrhundert beruhte darauf, dass Deutsch als intellektuelle Forderung galt. Und das ist wichtig.

Abg. Hans-Ulrich Klose (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Entschuldigung, dass ich während der Anhörung eine halbe Stunde rausgehen musste. Aber ich hatte eine Besuchergruppe - das ist so, das kann man nicht vermeiden. Bitte um Nachsicht. Meine Frage zielt genau in den Bereich, den Herr Dr. Steinfeld hier zuletzt angesprochen hat. Ich finde, man muss doch nachfragen, ob das Angebot der Goethe-Institute richtig ist. Was es denn eigentlich ist oder sein sollte? Und es muss, wie ich finde, die Frage diskutiert werden, ob wir wirklich überall in der Welt vertreten sein müssen? Nicht nur die Liste, die Herr Professor Pommerin erwähnt hat. Ich nehme an, das war keine Karikatur, sondern Realität - macht ja nachdenklich -, sondern natürlich auch solche Formulierung wie Friedensinstrument und Konfliktlösungsmechanismen und so weiter. Ist es das wirklich, was Goethe machen muss oder ist es nicht wirklich so, dass man – das ist jetzt ein schwieriges Wort – dass man eine Art von Kanon haben muss, was angeboten werden muss. Nun kann man denen natürlich nicht die Politik festlegen, weder das Auswärtige Amt noch das Parlament, aber müsste nicht Goethe selber so etwas wie einen Kanon entwickeln, aus der Nachfragesituation heraus? Ich sehe jedenfalls nicht, dass es so was gibt. Es gibt ja allgemeine Aufgabenbeschreibungen, Herr Vorsitzender, die sie zitiert haben, aber das reicht mir nicht. Und die zweite Frage, ob wir wirklich überall vertreten sein müssen, ist eine, die man schon stellen muss, wie ich finde. Es gibt Teile der Welt, wo wir unbedingt vertreten sein müssen. Und mein Eindruck ist: angesichts aktueller Renationalisierungstendenzen in Europa, die ja nun gar nicht mehr zu übersehen sind: müssen wir natürlich in Europa vertreten sein. Und wenn ich bei der Debatte in der Öffentlichkeit über Kopenhagen mir anhöre, was Literaten aus skandinavischen Ländern von der neueren literarischen Szene der Bundesrepublik Deutschland wussten bzw. nicht wussten, da habe ich das Gefühl, da haben wir noch dringlichen Arbeitsbedarf zu leisten, der möglicherweise nicht so geleistet wird, wie er muss. Und bei der Frage der Geografie sage ich etwas, was ich auch in meinem Kreis immer sage: es darf nicht so sein, dass Goethe eine Art von Handlungsinstrument wird, um den Konflikt der Kulturen zu verhindern. Eine solche Verengung von Goethe kann es

nicht geben. Wenn es einen Dialog der Kulturen gibt, dann kann er nicht schwerpunktmäßig sich konzentrieren auf die islamische Welt. Da gibt es aber eine starke Tendenz aus dem, was ich höre, und dem widerspreche ich.

Prof. Dr. Hans Ottomeyer: Ich habe die Zeit genutzt, um in dem vorliegenden Katalog zu blättern und stelle überall fest, fast systematisch fest, dass 60 bis 70 Prozent davon gefüllt ist über Kulturaktivitäten, bei denen im ganz wesentlichen Künstler verschiedener Länder, ausschließlich Avantgarde-Künstler verschiedener Länder, zusammengebracht werden, um Erstaunliches zu leisten. Erstaunliches in der Hinsicht, dass die Stücke, die zur Ausstellung gebracht werden, in der Regel nicht ausstellungsfähig sind, weil sie den Kodex des Gastgeberlandes, den Moral-Kodex des Gastgeberlandes in einer solchen Weise aggressiv in Frage stellen, dass diese Ausstellung dann nicht zustande kommt. Das ist eben nun hier ein Beispiel. Eine Vielzahl anderer solcher Kontakte befinden sich in dem, was ich an meinem Fazit versucht habe darzustellen, als die Flucht ins Periphere, die das Ausweichen in die Unangreifbarkeit künstlerischer Gestaltung, wo Kritik und Ratio dann letztlich nicht gelten. Und darüber wird hier mit einer großen Ausführlichkeit und durchaus mit Auftrumpfen berichtet, dass dafür erhebliche Mittel in Anspruch genommen worden sind, die dann zwar provoziert haben; das will man durchaus. Aber dass diese Provokation eben nicht im Gastland in irgendeiner Weise goutiert wird oder auch nur ansatzweise ankommt. Und klar, das Deutsche Historische Museum hat diesen Katalog mit herausgegeben, aber dieser Eindruck, der eine Selbstdarstellung des Goethe-Institutes ist, ist doch rein quantitativ so überwiegend, dass ich also falsch täte, das zu verschweigen. Es geht ja eben nicht nur um diesen Aspekt der Wissenschaftsvermittlung und der gesellschaftskritischen Themen, wie sie Herr Pommerin angesprochen hat. Sondern ganz große Bereiche des Goethe-Institutes sind eben auch in Aktivitäten hineingestellt, bei denen es man Ausstellungsmachern man kann fast sagen, spielt, indem man zeitgenössische Ausstellungen versucht vom Zaun zu brechen und Avantgarde-Kunst in den Vordergrund zu stellen, zum Schaden zum Teil dessen, was man eigentlich den Auftrag hätte herüber zubringen. Ich will das jetzt nicht sagen, dass man das nicht dürfe, Gott bewahre, aber es geschieht doch mit einer so großen Ausschließlichkeit und einer so großen Attitüde des Auftrumpfens, dass ich meine, dass das nicht zu den zentralen Aufgaben des Goethe-Instituts gehört, sondern dass das durchaus in die Randbereiche gehört. Es gehört in die Bereiche, aber es gehört nicht in die Hauptbereiche.

Der Vorsitzende: Diese Frage von Herrn Klose war an alle Gutachter gerichtet. Ich würde Sie alle der Reihe nach bitten, auch diese Frage präzise zu beantworten. Bitte, Herr Dr. Breinersdorfer.

Dr. Fred Breinersdorfer: Ich habe einen Blick in den Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Goethe-Institut geworfen. Da kann man feststellen, dass es in Ziffer 1.1 um die Förderung Kenntnis der deutschen Sprache geht, was wohl hier außer Streit steht. Und zweitens ist das Thema der Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und als drittes Thema eines Kanons finde ich die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandsbildes, das auch rechtlich mit der Satzung korrespondiert. Wenn ich also versuchen möchte zu klären, kann es doch, Herr Klose, wenn Sie von einem inhaltlichen Kanon sprechen, nur um eine Ausformung von Themenbereichen gehen, so wie Herr Steinfeld es vorgeschlagen hat, was eine Diskussionsgrundlage ist. Ich hätte ein paar Anmerkungen zu machen. Ich glaube, das würde auch hier den Rahmen sprengen. Jedenfalls wäre das doch eigentlich der Schritt, den man jetzt vollziehen müsste, dass man sagt, die Politik gibt ihre inhaltliche Abstinenz auf - so verstehe ich sie - und definiert in den Rahmenvertrag neu inhaltliche Themenschwerpunkte, die Gegenstand der Auswärtigen Kulturpolitik bei der Darstellung des Deutschlandbildes z.B. sein müssen. Die Frage, ist das politisch erwünscht, ist es verfassungsrechtlich zulässig, kann ich jetzt nicht aus der Hüfte beantworten. Ich denke aber, dass ein weiterer Aspekt, der heute in der Diskussion aufgekommen ist, vielleicht interessant sein könnte, nämlich das Intendantenprinzip. Also das Prinzip, so wie ich es verstehe, dass es einen verantwortlichen künstlerischen Leiter gibt, der einen Finanzmann sicher an seiner Seite haben muss. Genau wie es in jedem guten Theater der Fall ist. Der entscheidet, in welche inhaltliche Richtung es geht. Den man dann auch wieder bestätigen kann, wenn er seinen Job gut macht oder den man ablösen kann, wenn er Fehler macht. Ich glaube, dass diese beiden Dinge Wege weisen, die aus dieser Permanentkrise herausführen könnten. Indem eine klare Verantwortlichkeit endlich mal definiert wird und nicht so wie im Kindergarten jeder auf den anderen zeigen kann und indem auch die Politik sagt, das verlangen wir als einen Grundstandard der Vermittlung. Da können natürlich auch exotische Veranstaltungen, ich rede jetzt nicht vom Fahrrad fahren in Montevideo, sondern - sagen wir mal - sehr, sehr Avantgardistisches dabei sein. Aber die Bedienung eines Pflichtkanons scheint mir persönlich als außerordentlich wesentlich. Man kann es ja praktisch als Querschnitt durch die gesamten Aktivitäten, die unter Ziffer 3 da aufgeführt sind, hineinlegen.

Der Vorsitzende: Darf ich kurz unterbrechen. Frau Kollegin Krüger-Leissner hatte schon zu Beginn der Anhörung mitgeteilt, dass sie etwas früher gehen muss, so dass ich ihr das Wort erteile. Ich würde danach alle Referenten noch bitten, auf diese wirklich zentrale Frage des Kollegen Klose zu antworten. Bitte, Frau Kollegin Krüger-Leissner.

Abg. Angelika Krüger-Leissner (SPD): Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Wir sind ja heute alle hier zusammengekommen, um eigentlich mitzuhelfen, dass wir das

Goethe-Institut aus dieser Krise, in der es ist - und das ist überhaupt nicht zu leugnen -, herauszubekommen. Frau Prof. Limbach hat beim letzten Mal, als sie bei uns war, gesagt, eine Krise ist auch eine Chance, nach vorne zu gucken, Weichen neu zu stellen, es kann allerdings auch ein Weg in die Katastrophe sein. Ich hoffe, dass wir alle bereit sind, das Erstere zu ermöglichen, diese Chance mitzunutzen. Sie haben es mit Ihren Vorschlägen zum Teil auch schon getan. Es ist wirklich heute ganz schlimm. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass wir im Grunde genommen schon den Schritt in die Grundsatzdebatte machen. Wir reden darüber, wie wir das Goethe-Institut und damit die Auswärtige Kulturpolitik neu ausrichten. Dazu gehört ein Konzept. Dieses Konzept ist gefordert worden und es wird auch aus meiner Sicht im Herbst vorliegen, und zwar von Goethe selbst, auch mit Vorschlägen. Es liegt ja jetzt derzeit ein Papier vor, das Sie auch kennen. Und Herr Dürr hat sich ja vorhin gerade über dieses Papier geäußert, darum frage ich Sie jetzt nicht mehr dazu. Aber ich würde sehr gerne Herrn Dr. Wefing fragen. Sie haben ja da gesagt, Goethe selbst muss dazu beitragen, den Kuchen zu vergrößern. Ich glaube, dass wir den Stand der Debatte, den wir jetzt öffentlich wahrnehmen, der eigentlich heißt „entweder – oder“. Und dieses „oder“ ist dem Wort „Schließung“ verbunden, und das ist aus meiner Sicht ein ganz fatale Richtung der Diskussion, die eigentlich überhaupt keiner will und die auch nicht zu einer höheren Effektivität und zu einer höheren Qualität der Arbeit von Goethe führen kann, sondern beides. Sowohl Veränderung als auch mehr Geld. Wenn ich etwas Neues mache, brauche ich auch neue Konzepte und brauche neues Geld. Darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig. Ist denn - das will ich jetzt fragen, erst mal Herrn Dr. Wefing -, ist denn das Papier, was Goethe bis jetzt mit seinen ersten Ansätze, auch der verstärkten Vernetzung, ist das die richtige Richtung, in die Goethe jetzt geht? Auch wenn das Papier sehr finanziell ausgerichtet ist, sind ja da auch ansatzweise strukturelle Ansätze mit drin. Herr Botschafter Nordenskjöld hat ja eigentlich sehr konkret schon gesagt, dass im Einzelfall strukturelle Maßnahmen möglich sind und zu Einsparungen kommen können, ohne an Effizienz zu verlieren. Und ich glaube, genau das ist es, was wir auch von Goethe erwarten, als ersten Schritt. Selbst mal in die Institution hineinzugucken, zu analysieren, was kann ich selber tun, um effizienter zu sein, ohne das Wort „Schließung“ zu benutzen oder auch nur im Kopf zu haben. Das wollen wir auch nicht, das ist ja nicht unsere Ziel-darstellung. Was kann ich selbst tun, um die Strukturen so auszurichten und dabei zu gucken, wie sieht es in meiner Zentrale aus, wie sieht es bei meinen Auslandsver-tretungen aus, was kann ich da selbst tun. Und das ist eine Grundlage, zudem zu sagen, wo will ich meine Arbeit erweitern, um das konzeptionell zu unterlegen. Und ich glaube auch, da sind wir uns ja auch einig, es ist nötig auch in einem Sanie-rungskonzept, dass die Aufgabenstellung beleuchtet wird und es nicht nur um Zahlen geht. Dr. Steinfeld, Sie haben ja gesagt, also Sie haben ja vieles kritisiert, ich weiß gar nicht was Sie nicht kritisiert haben. Aber Sie haben natürlich auch gesagt, dass

die Bürokratisierung dieser Institution ein Punkt sei, den man sich anschauen muss. Haben Sie dort konkretere Vorschläge, wie man diesen von Dr. Wefing benannten Kuchen vergrößern kann, wenn man an die Bürokratisierung herangeht von Goethe? Und ist da bisher der richtige Ansatz gefunden worden? Professor Schneider - der sich ja auch sehr mit der Bestandsaufnahme beschäftigt und gesagt hat, also ein Mangel ist natürlich das, wie die Wirksamkeit der Programme nicht nachvollzogen werden kann - wollte ich noch fragen. brauchen wir zur grundlegenden Neukonzeptionierung auch noch mal eine grundlegende eingehende Analyse? Ist das notwendig oder schaffen wir das auch aus dem Sachstand, den wir bisher haben? Danke.

Dr. Heinrich Wefing: Ja, vielen Dank. Ich werde, wenn Sie erlauben, Ihre Frage gleich so präzise wie möglich zu beantworten versuchen, würde aber die Gelegenheit nutzen, eine Bemerkung vorweg zu schicken. Der Verlauf der Diskussion in der letzten halben bis dreiviertel Stunde schien mir in eine etwas unglückliche Richtung zu gehen. Es ist anders als am Anfang, ganz anders als am Anfang, durchweg nur noch von der Krise dieser Institution Goethe-Institut die Rede gewesen. Wenn Sie sich an die Vorträge fast aller Sachverständigen erinnern, haben die alle damit begonnen, das die Vernetzung, die Präsenz, die hohe Kulturreportation Deutschlands in der Welt gelobt wurde, die auch durch das Goethe-Institut hervorgerufen worden sei und so weiter. Der Enthusiasmus der Mitarbeiter hat der Herr Botschafter genannt und so weiter und so weiter. Also dieses reine Reden von der Krise scheint mir gefährlich zu sein und ich habe - glaube ich - den Kollegen Steinfeld richtig gelesen, wenn er in seiner Ausarbeitung gesagt hat, die Krise ist vor allen Dingen eine finanzielle Krise. Das führt mich auch zu der Bemerkung, wir sollten nicht den Eindruck hier im Raum stehen lassen - jedenfalls kann ich diesen Eindruck nicht teilen, dass sich das Goethe-Institut sozusagen mit peripheren Aktionen im Ausland am Publikum vorbeibewegt und zwar durchweg und immer. Dieser Eindruck wäre grundfalsch. Das kann ich aus meiner eigenen Erinnerung in vielen Fällen belegen, wenn Sie mir zwei gestatten. Ich erinnere mich an eine Aufführung des Berliner Ensembles in Delhi vor einigen Jahren, eine Aufführung von Arturo Ui - ich weiß nicht, ob die Kollegen das für tradiert halten -, es war jedenfalls eine Aufführung, von der die „Times of India“ am nächsten Tag in ihrer Kritik schrieb, es sei der bedeutendste Moment der indischen Theatergeschichte gewesen, diese Aufführung. So, nehmen wir da mal 25 oder 50 Prozent Enthusiasmus weg, der Journalisten vielleicht gelegentlich nicht ganz fremd ist, dann – gut, vielleicht hätte er es da auch geschrieben, oder vielleicht ist auch das indische Theaterleben ein bisschen anders – sei es drum. Also da ist eine Aufführung gewesen, die durchaus nicht am Publikum vorbeigegangen ist. Wenn ich einmal aus der Süddeutschen Zeitung zitiere, da hat der Schriftsteller Navid Kamani unlängst einen Aufsatz veröffentlicht in dem er ein Beispiel für sehr erfolgreiche Kulturpolitik durch das Goethe-Institut beschreibt. Als zweites - ich zitiere,

wenn Sie mir zwei Minuten gestatten -, ein zweites Beispiel für das, was Auswärtige Kulturpolitik auch politisch zu leisten vermag, und zwar nur dann, wenn es nicht ihr primäres Ziel ist - sind die „Nächte der Poesie“ unmittelbar vor der iranischen Revolution. Zehn Herbstnächte lang kamen 1977 etwa 60 iranische Dichter auf Initiative des Teheraner Goethe-Institutes zusammen. Nacht für Nacht strömten tausende Iraner zu den Lesungen. Wer keinen Platz mehr im Garten fand, hockte sich auf den Bürgersteig oder kletterte auf einen Baum in der Nachbarschaft. „Die Nächte der Poesie“ wurden zu einer Demonstration für die Freiheit und zu einem Fest der Literatur, wie es in der Geschichte in der neueren iranischen Literatur einzigartig geblieben ist. Jetzt zu Ihrer Frage, wenn Sie gestatten. Sind die strukturellen Veränderungen, die das Goethe-Institut in seinem Papier erwägt, die richtigen? Die Antwort darauf muss natürlich pauschal ausfallen. Mir scheinen sich da zwei Überlegungen miteinander zu verbinden. Die eine Überlegung ist, ob die Präsenz des Goethe-Institutes in Europa noch vereinbar ist mit den weltpolitischen Herausforderungen, vor denen sich auch das Goethe-Institut gestellt sieht. Und die Konzentration auf Westeuropa wird dort in Frage gestellt. Und zwar, wie mir scheint, insofern in nicht der richtigen Weise, als hier eine Alternative aufgebaut wird. Ich habe darauf vorhin hingewiesen. Die 43 Prozent, die das Goethe-Institut für seine Arbeit in Westeuropa - und das ist, glaube ich, wichtig, noch mal drauf hinzuweisen, es geht um Westeuropa, es geht nicht um die mittel- und osteuropäischen Länder, die sind dabei nicht dabei. Und da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass die Arbeit des Goethe-Instituts dort sehr wichtig ist. Das ist eine historisch gut zu erklärende Verteilung der Mittel, die man beibehalten kann oder die man ändern kann. Dazu braucht es eine politische Entscheidung. Aus meiner Sicht wäre es falsch, nicht auch stärker in die Welt hinaus zugehen. Das ist auch die Frage, die Herr Klose gestellt hat. Aber das ist eine politische Entscheidung. Die muss das Goethe-Institut und müssen die politischen Gremien treffen. Diese Überlegung scheint mir aber wichtig zu sein. Sie scheint Mittlerorganisationen aus dem europäischen Ausland genauso gestellt zu werden. Das British Council zum Beispiel ist jetzt gerade in diesen Wochen dabei, seine Präsenz in Westeuropa noch einmal zu überdenken, obwohl es schon auf zehn Prozent herabgefahren worden ist. Alle europäischen Kulturinstitute stehen vor der Frage, wie verhalten sie sich zu Europa. Ich habe vorhin gesagt, die richtige Antwort schiene mir zu sein, wir bleiben in Europa. Die Kollegen vom British Council sagen es genauso. Die Arbeit hier ist nicht getan, aber sie muss ergänzt werden um Arbeit in anderen Regionen Ob das nun nur China, Indien und der Mittlere Osten sein mögen, dass wäre eine Diskussion wert. Ich gebe all denen Recht, die sagen, wir müssen auch in Nordamerika wieder stärker präsent sein. Der Verlauf der Diskussion vor und nach dem Irakkrieg scheint da ein deutliches Argument zu sein. Wir dürfen Lateinamerika nicht vergessen und so weiter. Aber eine Ausschließlichkeit Entweder - Oder wäre fatal. Es wäre mein Vorwurf an das Goethe-Institut, sich vielleicht bislang zu sehr auf diese Alternative eingelass-

sen zu haben. Womöglich unter dem Eindruck der Sparzwänge, die auch von der Politik kommuniziert worden sind. Und die andere strukturelle Ausrichtung, die das Goethe-Institut in seinem Papier nach meiner Lesart vorzuschlagen scheint, ist die, stärker auf Projektarbeit und weniger auf feste Strukturen zu setzen. So wie die Kollegen mehrfach gesagt haben, scheint mir das auch eine heikle Lösung zu sein. Nichts ersetzt die dauerhafte vertrauensbildende Präsenz an einem Ort. Wenn Sie nur Goethe-Projektmacher aus München rund um die Welt schicken mit dem Laptop, der schon mehrfach erwähnt worden ist, die flink hier und dort und da mal ein Festival organisieren, kann damit die Aufgabe des Goethe-Institutes nach meiner Auffassung nicht erreicht werden. Aber genau das sind die strukturellen Fragen, die von Ihnen und vom Goethe-Institut und auch von der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden müssen. Aus der Antwort auf diese Fragen ergeben sich finanzielle Konsequenzen und wir dürfen, glaube ich, nicht den Fehler machen, dass wir von der Finanzseite herkommend erst den Bundesrechnungshof einschalten und dann die strukturellen Entscheidungen treffen. Sondern wir müssen es genau umgekehrt machen.

Der Vorsitzende: Ich möchte jetzt zum weiteren Ablauf folgenden Vorschlag machen. Es ist jetzt kurz nach 17:30 Uhr. Wir müssen kurz vor 18:00 Uhr schließen, aus den Gründen, die ich eingangs genannt habe. Wir sollten die Anhörung, die ich hoch interessant nicht nur gefunden habe, sondern immer noch finde, gemeinsam auch beschließen, wie wir sie begonnen haben. Ich würde Sie jetzt bitten, nachdem von Frau Krüger-Leissner nicht nur Herrn Wefing angesprochen war – kein Problem es ist ja schriftlich dokumentiert –, dass wir jetzt fortfahren mit Herrn Dürr. Der Nächste in der Reihenfolge wäre dann Herr Dürr, den ich bitte, auch die an alle Referenten gerichteten Fragestellung aufzunehmen: Ist für die Programmarbeit, die ja im Mittelpunkt auch der Tätigkeit des Goethe-Instituts empfehlenswert ist, einen Kanon zu erarbeiten, der in gewisser Weise zum Pflichtprogramm der deutschen Auswärtigen Kulturarbeit eines Jahres oder einer bestimmten zeitlichen Periode oder generell zu gehören hat?

Heinz Dürr: Also, ich kann nur dem zustimmen, was Herr Wefing gesagt hat. Das Goethe-Institut muss ein Konzept vorlegen. Ob Sie das jetzt Kanon nennen oder Programm 2050 oder irgendwas, spielt keine Rolle. Aber ein Konzept, das klar ist. Denn wenn ich zum Beispiel die Betriebsratsinformationen lese, da wird zum Beispiel gesagt, das Goethe-Institut hat Schwerpunkte in wirtschaftspolitischer Priorität. Die Betriebsräte erkennen hier eine Änderung des Betriebsfeldes, für die es außer der beabsichtigten Ökonomisierung der kulturellen Programmarbeit kleinliche Begründungen gibt. Also wird doch intern im Goethe-Institut diskutiert, wo wollen sie eigentlich hin. Da wird auf der anderen Seite Kultursponsoring und so weiter genannt. Die Betriebsräte, die ja vielleicht noch mehr Zeit haben als das Management, haben sich

hier sehr intensiv mit dem Goethe-Institut beschäftigt. Herr Wefing hat Recht, Konzept und dann die Finanzierung. Nicht mit der Finanzierung anfangen, wie Herr Pommerin gesagt hat. Dann kommen sie nicht weiter, dann kommt der Steinbrück und sagt: „Nein ich muss da noch sparen.“ Im Übrigen, das Wort „Krise“ haben Sie verwendet und Ihr Kollege Steinfeld. Ich habe nur von Sanierung gesprochen. Wenn Sie die ganzen Papiere lesen, dann meine ich, es sollte auf zwei Seiten dargestellt werden: was machen wir. Und dann steht im Anhang: in welche Länder gehen wir, und wie viel Geld brauchen wir dazu, und was wollen wir da machen, wie teuer sind die Sprachkurse und so weiter. Dann können sie das in der Öffentlichkeit absolut vertreten und zwar nicht durch solche Leute, die irgendwelche politischen Absichten damit haben, sondern durch unabhängige Leute, wie sie hier sitzen. Ich meine, wir sind ja hier als Sachverständige, es ist interessant gewesen, dass von den acht Sachverständigen fünf gesagt haben, sie seien eigentlich keine Experten. Also was Sie ja eigentlich wissen wollten, war: was ist die Meinung in der Öffentlichkeit. Das kann ich nur noch mal als Mann der Wirtschaft so bestätigen, dass wir das Goethe-Institut als Institution brauchen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Botschafter. Noch mal mit Blick auf die Zeit, zu den vier Sachverständigen, die sich zur Frage von Herrn Klose nach dem Kanon noch nicht geäußert haben. Darf ich Sie um kurze Antwort bitten, um Frau Jochimsen noch die Möglichkeit einer Frage zu ermöglichen?

Prof. Dr. Reiner Pommerin: Herr Klose, Sie haben vollkommen Recht, man braucht eine Art von Kanon, eine Vorstellung von dem, was dem Ausland näher gebracht werden soll, um eine Beliebigkeit zu vermeiden. Der Begriff Pflichtkanon, den finde ich allerdings nicht so schön, weil er gefährlich ist, den würde ich vermeiden. Ein Kanon lässt sich für meine Begriffe leicht ermitteln. Am besten kann diesen Kanon das erfahrene Personal des Goethe-Instituts selber erstellen, es weiß, was in einen solchen Kanon laut Satzung des Instituts hineingehört und was nicht. Wenn man noch die von Herrn Steinfeld vorgetragene Gedanken hinzufügt, kriegen sie das schon zusammen, da habe ich gar keine Bedenken. An welchen Orten müssen Goethe-Institute sein? Ja, Herr Klose, auch das ist eine kluge Frage und bleibt ein Problem für das Goethe-Institut, denn die neuen Standorte werden praktisch vom Auswärtigen Amt bestimmt. Wo soll Goethe in der Welt noch hingehen? Darüber müsste man sicherlich noch einmal intensiver nachdenken, über die Frage, ist ein Standort sinnvoll oder nicht.

Ich teile die Ausführungen von Botschafter Nordenskjöld, dass es manchmal nicht so leicht war mit dem erweiterten Kulturbegriff. Denn die Botschafter mussten wohl häufiger nach Veranstaltungen von Goethe-Instituten dem jeweiligen Gastland erst ein-

mal erklären, dass es sich um Kultur handelte und sich ein Projekt gar nicht politisch gegen das Gastland richtete. Also galt und gilt es, aufzupassen.

Last but not least: der Bildungsstandort Deutschland kann eigentlich kein Thema mehr sein, weil es künftig durch die Föderalismusreform praktisch nur noch einen Bildungsstandort Bundesland X oder Bundesland Y geben wird. Mit dem Bildungsstandort Deutschland ist im Moment im Ausland wohl kaum Staat zu machen.

Dr. Thomas Steinfeld: Ja, ich würde doch warnen vor dem Wort Kanon. Kanon ist also – da machen wir uns nichts vor –, also wir verfügen nicht über den Kanon. Der bildet sich in Generationen, der liegt außerhalb unserer Reichweite. Was wir brauchen, ist ein starker Kulturbegriff, und der muss im Unterschied zum Kanon frei sein. Er muss intellektuell sein, er muss reflexiv sein. Es ist nicht schwierig, zu diesem starken Kulturbegriff zu kommen, denn in den meisten Ländern im Ausland wird es so sein, dass dieser starke Kulturbegriff auch von uns erwartet wird. Die Leute wissen schon, was sie wollen und was sie an der Bundesrepublik interessiert. Noch ein Wort der Warnung wegen des Kanons. Ein Land, das das vor kurzem versucht hat ist Dänemark. Ich habe vor kurzem eine Broschüre in die Hände bekommen. Da ist festgehalten, was an dänischer Kultur wichtig ist- und was unwichtig ist, das steht nicht drin. Ich hatte den Eindruck, das funktioniert nur in sehr, sehr kleinen Ländern mit einem sehr beschränkten kulturellen Angebot. Das genau ist der Eindruck, den diese Broschüre erweckt. Er erweckt den Eindruck von Kleinheit und von Beschränktheit, den ich mir für die Bundesrepublik nicht gerade wünsche. Zum starken Kulturbegriff gehört das Intendantenprinzip. Ich glaube, es ist wichtig für das Goethe-Institut, in irgendeiner Weise das Intendantenprinzip auch in der Führung zu verankern.

Der Vorsitzende: Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Das Intendantenprinzip auf der Ebene der Leitung des Goethe-Instituts also weltweit oder beim einzelnen Institut?

Dr. Thomas Steinfeld: Das Intendantenprinzip muss meiner Ansicht nach auf allen Ebenen existieren und es muss jemand in der Spitze geben, der sagt: Leute, das sind die kulturellen Themen, die für uns wichtig sind. Dieser Kulturbegriff muss auch formulierbar sein. Das ist etwas, was ich an dem Papier, was gerade erwähnt worden ist, stark vermisse. Da konzentriert man sich auf Strukturen, da konzentriert man sich auf Finanzen und da fehlt eigentlich der Grund der ganzen Veranstaltung.

Prof. Dr. Gerald Schneider: Ich glaube nicht, dass es ein Kanon braucht. Aber es braucht sicher ein Leitbild. Bei diesem Leitbild ist es auch wichtig, weil es diese Disharmonie zwischen Goethe-Leitungsspitze und dem Betriebsrat gibt, dass sich die gesamte Organisation auf ein solches Leitbild, für die Organisation auf einen solchen

Kulturbegriff einigen kann. Ich will auch ganz kurz etwas sagen zu der Frage von Frau Krüger-Leissner: brauchen wir eine Evaluierung? Wenn ich das Dokument des Goethe-Institutes lese - schon aus arbeitsrechtlichen Gründen sind Schließungen dabei unvermeidbar. Es wird nur über Fixkosten und ähnliches erklärt. Gerade dann in einer solchen Situation muss klar - und aufgrund der Indikatoren, die wir erwähnt und auch diskutiert haben - aufgeführt werden, wo allenfalls Schließungen möglich sind. Herr Klose, Sie haben gesagt, Goethe kann nicht überall sein. Ich bin mit Ihnen völlig einig. Aber das Goethe-Institut muss sich auch darüber Gedanken machen wohin es will. Und im Vergleich zum British Council fährt man hier eine Komplementärstrategie oder geht in der Richtung Konkurrenz in die gleichen Orte, die man heutzutage teilweise hat. Aber das ist ja eigentlich nicht Konkurrenz, sondern Nachahmung. Man geht dorthin, weil die anderen schon dort sind. Aber man will ja auch keine Kongruierung herbeiführen. Man könnte auch durchaus darüber diskutieren, wie man mit diesen anderen Instituten produktiv zusammenarbeiten kann.

Dr. Heinrich Wefing: Beim Kanon wäre ich auch sehr skeptisch. Dass es sinnvoll sein könnte, sich stärker auf die Vermittlung sozusagen tradierter Kultur und dessen, was die Kultur in Deutschland jenseits der Avantgarde und des Zeitgenössischen ausmacht, dass es eine stärkere Ausrichtung in die Richtung geben könnte, damit wäre ich völlig einverstanden. Das ist aber eine Entscheidung in der Tat über die Intendanz oder über die Personen an der Spitze. Wenn ich mir die Auswahl des jetzigen Generalsekretärs ansehe, womit überhaupt keine Kritik verbunden sein soll, damit wird aber natürlich auch eine bestimmte Ausrichtung vorgegeben. Gegen einen Kanon hätte ich als Liste, die von allen Goethe-Instituten abgearbeitet werden muss, größte Bedenken. Ganz offenkundig ist die Stärke des Goethe-Instituts sein Personal vor Ort. Und dass der Institutsleiter in Los Angeles anders handeln und agieren und auch andere Themen setzen muss als der in Kalkutta ist so offenkundig, dass ein Kanon dann auf eine so abstrakte Handlungsanweisung zusammenschrumpfen würde, dass er, glaube ich, fast wieder wertlos sein würde.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich entschuldige mich, dass ich jetzt noch eine Frage stelle, aber ich war ja leider zwei Stunden in der Enquete-Kommission parallel. Jetzt hoffe ich auch, dass ich auf diese Art und Weise nicht eine Frage stelle, die bereits gestellt worden ist. Meine Frage richtet sich nämlich an Herrn Dürr. Von ihm habe ich ja dankenswerterweise diesen sehr schönen Satz hier gehört und gelesen, dass nicht die Wirtschaft nur unser Schicksal sei, sondern die Wirtschaft und die Kultur. In dem Zusammenhang macht es mir ehrlich gesagt Sorge, ob wir das Goethe-Institut, das sich im Moment in bestimmten Schwierigkeiten befindet, nicht instrumentalisieren, indem wir jetzt politisch und vor allem wirtschaftspolitisch zum Beispiel den Giganten China entdecken. Dann kommen wir auf die Idee und sagen, ja, da muss jetzt das Goethe-Institut gewisser-

maßen den Boden für uns bereiten, dass China uns als einen politischen Partner, vor allen Dingen als einen wirtschaftlichen Partner anerkennt. Genau so erleben wir Probleme in der Auseinandersetzung mit dem Islam. Also sagen wir, die Goethe-Institute müssen jetzt verstärkt in den islamischen Raum, um dort gewissermaßen für uns den politischen Dialog, den wir eigentlich führen müssten, zu führen oder anzustoßen. Auseinandersetzung westliche Kultur gegen islamische Kultur. Da macht mir diese gewisse Anspruchshaltung, die bestimmte Hektik und, wenn Sie so wollen, die bestimmte politische Mode Sorge, ob die im Grunde genommen das Goethe-Institut erfüllen sollte und erfüllen kann. Insbesondere dann, wenn es die Goethe-Institute mit den heruntergefahrenen Mitteln tun sollen, die nun im Grunde genommen die Politik und die Haushaltssituation vorgibt. Denn dann ist es die Quadratur des Kreises. Wie soll denn das bewerkstelligt werden? Der Botschafter hat das ja am Anfang dankenswerterweise sehr klar gesagt. Da könnte dann wiederum die Botschaft an uns Politiker nur lauten, wenn ihr ein Goethe-Institut mit diesen Aufgaben wollt - und über diese Aufgabe, finde ich, müsste man tatsächlich aber noch mal in die Tiefe gehend diskutieren. Wollen wir jetzt wirklich drei oder vier Goethe-Institute in den Riesenraum China positionieren? Warum und womit? Und wie ist das mit dem islamisch-westlichen Dialog? Aber wenn das so ist, dann können wir eigentlich als Politiker nur sagen, das geht sowieso wirklich nur unter den Bedingungen, dass diese zusätzlichen, bisher nicht gesehenen Aufgaben auch wirklich auf ein finanzielles Fundament gestellt werden. Denn sonst, Konzepte hin, Kanon her, sparen wir diese ganze Institution zu Tode oder wir zerreiben sie in Aufgaben, die entweder ihre Aufgaben gar nicht sind, die sie auf jeden Fall im bisherigen Rahmen nicht leisten können. Also deswegen meine Frage an Sie: wenn es denn so ist, dass Wirtschaft und Kultur unser Schicksal sind, ja, wo ist denn da dann die Wirtschaft als Partner der Finanzierung für die Schicksalsaufgabe Kultur? Die Wirtschaft kann doch nicht sagen, die Kultur soll den Boden für uns bereiten und dann nehmen wir im Grunde genommen die Geschäfte wahr. Wo ist die Wirtschaft, die sich da einbringt?

Heinz Dürr: Es wurde vorher schon mal diskutiert, was die Wirtschaft da machen kann. Natürlich ist das zugespitzt. Ich habe gesagt: ist es wirklich so, dass uns nur noch die Ökonomie bestimmt? Ich bin der Meinung, dass das nicht sein darf. Wir sind nicht nur Ökonomie, wir brauchen auch Kultur.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Das war die letzte Antwort, aber nicht der letzte Teil des Dialoges, den wir in Sachen Goethe-Institut als Bestandteil der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik zu führen haben. Ich möchte Ihnen allen sehr herzlich danken. Es war für uns eine große Bereicherung. Sie haben die Plus-Minus-Spannung dieser kulturellen Diskussion bei uns sehr befördert. Der Deutsche Bundestag hat seit langer Zeit wieder einen Unterausschuss für Deutsche Auswärtige Kulturpolitik gebildet - mit diesem Gremium, die Debatte um die Zukunft des Goethe-Instituts, wie, Frau

Präsidentin, eine konstruktive Debatte aus unserer Sicht sein soll. Wir wissen, dass vieles, was Sie heute schweigend haben ertragen müssen, Sie auch geplagt hat. Aber das Goethe-Institut als Forum von Kritik und gegen Kritik hat schon, wenn ich mich an manche Debatten, die wir in München in den 80er Jahren geführt haben, Härteres ausgehalten. Da war das eigentlich nur ein leichter Sommerwind. Wir werden gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt diese Beratungen fortsetzen. Die einzelnen Fraktionen des Bundestages haben schon erkennen lassen, dass sie auch auf der Basis dessen, was Sie, meine Herren, uns hier vorgetragen haben, Initiativen hier im Parlament einbringen werden. Die Parteien der Großen Koalition werden sich als Regierungsparteien speziell damit befassen. Und Sie können davon ausgehen, dass das, was Sie heute hier gesagt haben, dabei von großer Bedeutung sein wird. Selten hat man Gelegenheit, Dinge, die einem am Herzen liegen, so unmittelbar und auch mittelbar vor weit reichenden Entscheidungen der Regierung anbringen und vortragen zu können. Ich glaube, dass Frau Kollegin Eid Recht hat, wenn sie sagt, dass es für uns alles sehr überraschend war – Sie sind ja aus allen politischen Himmelsrichtungen hier vorgeschlagen worden –, die Punkte, wo Sie ganz übereinstimmend, beinahe hätte ich gesagt, lagerübergreifend, uns hier Dinge nahe gebracht haben. Einer der Punkte, in dem Sie uns gestärkt haben als Politiker – das Wort ist nicht von Goethe, sondern von Max Weber, dass Politik Richtungsbestimmung ist. Das war ja der Bereich, von dem jeder Gutachter sagte, ihr könnt euch nicht nur darauf zurückziehen im Politischen, über mehr oder weniger Geld zu entscheiden, sondern mit unterschiedlichen Formulierungen - und das hat ja eigentlich die Fragerunde erbracht -, ihr müsst euch als politische Instanz verstärkt einbringen über das Wohin des Instituts. Das haben wir als Stärkung unserer Aufgabe erfahren. Mein Kollege Wimmer hat die Deutsche Auswärtige Kulturpolitik einmal ganz kritisch als fünftes Rad am Wagen bezeichnet, wo sie doch in Wahrheit dritte Säule der Auswärtigen Politik sein will, nachdem hier mehrere Gutachter erklärt haben, dass es eigentlich der wichtigste Bereich der Darstellung unseres Landes im Ausland ist. Das Kulturelle sehen wir auch darin, eine weitere Bestätigung der Arbeit dieses neuen Gremiums, das sich übrigens mit seinem nächsten und übernächsten Thema mit den deutschen Schulen im Ausland und der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes beschäftigen wird. Und Sie alle müssen auch natürlich eine Fülle von wohlwollenden und kritischen Fragen, Frau Präsidentin, dann über sich ergehen lassen. Wir arbeiten hier an einem gleichen Ziel. Vielen herzlichen Dank, dass Sie nach Berlin gekommen sind.